

Anhang B – Deutsche Übersetzung der Building Regulations 2010

RECHTSVERORDNUNGEN

2010 Nr. 2214

BAUEN UND GEBÄUDE, ENGLAND UND WALES

Die Bauverordnung 2010

<i>Anfertigung . . .</i>	<i>6. September 2010</i>
<i>Dem Parlament vorgelegt . . .</i>	<i>9. September 2010</i>
<i>Inkrafttreten . . .</i>	<i>1. Oktober 2010</i>

INHALT

TEIL 1 Allgemeines

1. Zitierweise und Inkrafttreten
2. Auslegung

TEIL 2 Kontrolle von Bauarbeiten

3. Bedeutung von Bauarbeiten
4. Anforderungen in Bezug auf Bauarbeiten
5. Bedeutung einer wesentlichen Nutzungsänderung
6. Anforderungen in Bezug auf wesentliche Nutzungsänderungen
7. Materialien und Verarbeitung
8. Begrenzung von Anforderungen
9. Ausgenommene Gebäude und Arbeiten
10. Ausnahme der Metropolitan Police Authority von Verfahrensanforderungen
11. Ermächtigung zur Befreiung oder zur Erleichterung von Anforderungen

TEIL 3 Mitteilungen, Bauvorlagen und Bescheinigungen

12. Einreichen einer Bauanzeige oder Einreichen von Bauvorlagen
13. Angaben und Bauvorlagen beim Einreichen einer Bauanzeige
14. Vollständige Bauvorlagen
15. Konsultation mit dem Abwasserentsorgungsunternehmen
16. Mitteilung über Beginn und Fertigstellung bestimmter Bauphasen
17. Bescheinigungen der Fertigstellung
- 17A. Bescheinigungen für Gebäude, die vor der Fertigstellung in Nutzung genommen

- werden
18. Unerlaubte Bauarbeiten

TEIL 4

Kontrolle von Bauarbeiten außer durch örtliche Behörden

19. Überwachung von Bauarbeiten außer durch örtliche Behörden

TEIL 5

Selbstzertifizierungssysteme und Zertifizierungssysteme Dritter

20. Geltende Bestimmungen für Selbstzertifizierungssysteme
20A. Geltende Bestimmungen für Zertifizierungssysteme Dritter

TEIL 6

Energieeffizienzanforderungen

21. Anwendung von Energieeffizienzanforderungen
22. Anforderungen in Bezug auf eine Änderung des Energiestatus
23. Anforderungen an die Erneuerung oder den Austausch von thermischen Bauteilen
24. Berechnungsmethode und Ausdruck der Gesamtenergieeffizienz
25. Mindestanforderungen an die Gesamtenergieeffizienz von neuen Gebäude
25A. Berücksichtigung von hocheffizienten alternativen Anlagen für Neubauten
25B. Niedrigstenergieanforderungen für Neubauten
26. CO₂-Emissionsraten für Neubauten
26A. Energieeffizienzzraten für die Gebäudehülle neuer Wohnungen
27. Berechnungen von CO₂-Emissionsraten
27A. Berechnungen von Energieeffizienzzraten für die Gebäudehülle
28. Folgeverbesserungen der Gesamtenergieeffizienz
29. (aufgehoben)
29A. (aufgehoben)
30. (aufgehoben)
31. (aufgehoben)
32. (aufgehoben)
33. (aufgehoben)
34. Anwendung der Bauverordnung auf Gebäude für Bildungszwecke, Gebäude gesetzlicher Unternehmer und Gebäuden der Krone
35. Auslegung von Teil 6

TEIL 7

Wassereffizienz

36. Wassereffizienz von neuen Wohnungen
37. Berechnung des Verbrauchs von genusstauglichem Wasser

TEIL 8

Informationen, die von der Person, welche die Arbeiten ausführt, zur Verfügung zu stellen sind

38. Brandschutzinformationen
39. Informationen über Lüftung
40. Informationen über die Nutzung von Brennstoff und Energie

TEIL 9 Prüfung und Inbetriebnahme

- 41. Prüfung der Schalldämmung
- 42. Luftvolumenstromprüfung maschineller Lüftungsanlagen
- 43. Luftdruckprüfung
- 44. Inbetriebnahme

TEIL 9A Physische Infrastruktur für Hochgeschwindigkeitsnetze für die elektronische Kommunikation

- 44A. Anwendung der Anforderung R1 der Anlage 1 auf Gebäude für Bildungszwecke, Gebäude gesetzlicher Unternehmer und Gebäude der Krone
- 44B. Ausnahmen von Anforderung R1 der Anlage 1
- 44C. Auslegung von R1 der Anlage 1

TEIL 10 Verschiedenes

- 45. Prüfung von Bauarbeiten
- 46. Materialproben
- 47. Verstoß gegen bestimmte Vorschriften keine Straftat
- 48. Elektronische Zustellung von Dokumenten
- 49. Übergangsbestimmungen: Auslegung
- 50. Übergangsbestimmungen: Arbeiten, die bereits vor dem 1. Oktober begonnen haben
- 51. Übergangsbestimmungen: Arbeiten für die keine Benachrichtigung erforderlich ist
- 52. Übergangsbestimmungen: Mitteilung oder Bauvorlagen eingereicht vor dem 1. Oktober 2010
- 53. Übergangs- und salvatorische Bestimmungen: frühere Bauverordnungen
- 54. Widerrufe und Folgeänderungen
- 55. Überprüfung von Teil 9A und Teil R der Anlage 1

ANLAGE 1 – Anforderungen

ANLAGE 2 – Ausgenommene Gebäude u. Arbeiten

KLASSE 1

KLASSE 2

KLASSE 3

KLASSE 4

KLASSE 5

KLASSE 6

KLASSE 7

ANLAGE 3 – Selbstzertifizierungssysteme und Ausnahmen von Anforderungen an das Einreichen von Bauanzeigen oder vollständigen Bauvorlagen

ANLAGE 3A – Zertifizierungssysteme Dritter und Ausnahmen von Anforderungen an das Einreichen von Bauanzeigen oder vollständigen Bauvorlagen

ANLAGE 4 – Beschreibung von Arbeiten, für die keine Bauanzeige oder kein Einreichen von vollständigen Bauvorlagen erforderlich ist

ANLAGE 5 – Widerruf von Rechtsverordnungen

ANLAGE 6 – Folgeänderungen

Der Minister ist ein im Sinne des § 2 Absatz 2 des European Communities Act 1972¹ in Bezug auf Umweltangelegenheiten bestimmter² Minister.

Nach § 14 Absatz 3 des Building Act 1984³ hat er das Building Regulations Advisory Committee konsultiert und weitere Stellen, die ihm als Vertreter der betroffenen Interessen erscheinen.

Der Minister verordnet in Ausübung der ihm durch § 2 Absatz 2 des European Communities Act 1972 und durch § 1 Absatz 1, § 2A, § 3, § 5, § 8 Absatz 2 und 6, § 34, § 35, § 47 Absatz 1 und § 126 des Building Act 1984 sowie durch §§ 1, 2, 3, 4, 4A, 7, 8, 9, 10 und 11 der Anlage 1 des Building Act 1984 übertragenen Befugnisse die folgende Verordnung:

TEIL 1 Allgemeines

1. Zitierweise und Inkrafttreten

Diese Verordnung kann als die Bauverordnung 2010 zitiert werden und tritt am 1. Oktober 2010 in Kraft.

2. Auslegung

(1) In dieser Verordnung haben die folgenden Begriffe die folgenden Bedeutungen, sofern der Kontext nichts anderes erfordert:

„das Gesetz“ ist das Building Act 1984;

„Änderungsanzeige“ ist eine Anzeige nach § 51A des Gesetzes⁴;

¹ 1972 c.68.

² S.I. 2008/301.

³ 1984 c.55; § 126 wird zur Definition von „vorgeschrieben“ zitiert. § 1 wurde durch § 1 Sustainable and Secure Buildings Act 2004 (c.22) geändert und § 2A wurde durch § 4 dieses Gesetzes eingefügt; § 47 Abs. 1 wurde durch § 8 dieses Gesetzes und S.I. 1996/1905 geändert; § 4A der Anlage 1 wurde durch § 8 dieses Gesetzes eingefügt; § 7 der Anlage 1 wurde durch § 3 dieses Gesetzes und durch § 11 des Climate Change and Sustainable Energy Act 2006 (c.19) geändert; § 8 der Anlage 1 wurde durch § 3 Sustainable and Secure Buildings Act 2004 und § 40 Flood and Water Management Act 2010 (c.29) geändert; § 11 Abs. 1 Buchst. a der Anlage 1 wurde durch S.I. 1986/452 geändert. Bestimmte Aufgaben eines Ministers der Krone nach dem Building Act 1984 wurden der Nationalversammlung von Wales übertragen, die durch das Government of Wales Act 1998 (c.38) konstituiert wurde und wurden durch Artikel 2 und Anlage 1 der National Assembly for Wales (Transfer of Functions) Order 1999 (S.I. 1999/672), die durch Artikel 4 und Anlage 3 der National Assembly for Wales (Transfer of Functions) Order 2000 (S.I. 2000/253) geändert wurde, auf die walisischen Minister nach § 30 der Anlage 11 des Government of Wales Act 2006 (c.32) übertragen. Vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen und Vorbehalte, wurden die restlichen der durch das Building Act 1984 dem Minister verliehen Aufgaben, soweit sie in Bezug auf Wales auszuüben sind, durch die Welsh Ministers (Transfer of Functions) (No. 2) Order 2009 (S.I. 2009/3019) mit Wirkung zum 31. Dezember 2011 auf die walisischen Minister übertragen.

⁴ § 51A wurde durch S.I. 1996/1905 eingefügt.

„Gebäude“ ist jedes dauerhafte oder temporäre Gebäude, jedoch keine andere Art von Konstruktion oder Bauwerk und eine Bezugnahme auf ein Gebäude schließt eine Bezugnahme auf einen Gebäudeteil ein;

„Bauanzeige“ ist eine Anzeige nach § 12 Absatz 2 Buchstabe a und § 13;

„Bauarbeiten“ hat die in § 3 Absatz 1 angegebene Bedeutung;

„Änderung des Energiestatus eines Gebäudes“ ist jede Änderung, die dazu führt, dass ein Gebäude zu einem Gebäude wird, für das die Energieeffizienzanforderungen dieser Verordnung gelten;

„Änderung des Energiestatus eines Gebäudes“ ist jede Änderung, die dazu führt, dass ein Gebäude zu einem Gebäude wird, für das die Energieeffizienzanforderungen dieser Verordnung gelten;

„kontrollierte Versorgungseinrichtung oder Vorrichtung“ ist eine Versorgungseinrichtung oder eine Vorrichtung, an die Teil G, H, J, L oder P der Anlage 1 eine Anforderung stellt;

„Tag“ ist jeder Zeitraum von 24 Stunden, der um Mitternacht beginnt und jeden Samstag, Sonntag oder Feiertag ausschließt;

„Wohnung“ schließt ein Wohnhaus und eine Geschosswohnung ein;

„Wohnhaus“ schließt keine Geschosswohnung oder ein Gebäude ein, das eine Geschosswohnung enthält;

„Elektroinstallation“ sind ortsfest eingebaute elektrische Leitungen oder ist ortsfest eingebaute elektrische Ausstattung, die sich auf der Verbraucherseite des Stromzählers befinden bzw. befindet;

„Energieeffizienzanforderungen“ sind Anforderungen der §§ 23, 25A, 25B, 26, 26A, 28, 40 und 43 sowie des Teil P der Anlage 1;

„ausgenommenes Energiebauwerk“ hat die in der Anlage der The Welsh Ministers (Transfer of Functions) (No. 2) Order 2009 angegebene Bedeutung;

„Kleinspannung“ ist eine Spannung, die folgende Werte nicht überschreitet:

- a) in Bezug auf Wechselstrom 50 Volt zwischen Leitern oder Erdung oder
- b) in Bezug auf Gleichstrom 120 Volt zwischen Leitern;

„Bescheinigung der Fertigstellung“ ist eine Bescheinigung nach § 51 des Gesetzes⁵;

„ortsfeste gebäudetechnische Anlagen“ sind alle Teile von oder alle Steuerungen in Zusammenhang mit

- a) festen Innen- oder Außenbeleuchtungsanlagen (jedoch ausschließlich Notausgangsbeleuchtungen oder Spezialbeleuchtungen),

⁵ § 51 wurde geändert durch S.I. 1996/1905.

- b) festen Anlagen für Heizung, Warmwasserversorgung, Klimatisierung oder masschineller Lüftung oder
- c) Kombinationen von Anlagen der unter Buchstabe a oder b genannten Art;

„Geschosswohnung“ ist eine separate und eigenständige Räumlichkeit, die zu Wohnzwecken gebaut oder umgebaut wurde und einen Teil eines Gebäudes bildet und die von anderen Gebäudeteilen horizontal abgeteilt ist;

„Grundfläche“ ist die Gesamtfläche aller Geschosse in einem Gebäude oder einem Anbau, gerechnet bis zu den fertigen Innenseiten der Wände, die diese Fläche einschließen bzw. bis zur Außenkante des Fußbodens, wenn keine solchen Wände vorhanden sind;

„vollständige Bauvorlagen“ sind Bauvorlagen, die für die Zwecke von § 16 des Gesetzes⁶ nach § 12 Absatz 2 Buchstabe b und § 14 bei einer örtlichen Behörde eingereicht werden;

„Höhe“ ist die Höhe eines Gebäudes gemessen von der mittleren Geländehöhe, die an die Außenseite der Außenwände des Gebäudes angrenzt, bis zur halben senkrechten Höhe des Daches des Gebäudes oder bis zum oberen Abschluss der Wände oder der Attika, je nachdem was höher ist;

„unabhängiger Zugang“ ist in Bezug auf einen Teil eines Gebäudes (einschließlich jeder Erweiterung dieses Gebäudes) ein Zugang zu diesem Teil, der nicht vom Nutzer verlangt einen anderen Teil des Gebäudes zu passieren;

„Mitteilung über den Baubeginn“ ist eine Mitteilung nach § 47 des Gesetzes⁷;

„Institution“ ist eine Institution (ob als Krankenhaus, Heim, Schule oder ähnliche Einrichtung bezeichnet), die als Wohnunterkunft für Personen oder zur Behandlung oder Pflege von Personen genutzt wird,

- a) die an Einschränkungen aufgrund von Krankheit oder hohem Alter leiden oder einer anderen körperlichen oder geistigen Einschränkung oder
- b) die jünger als 5 Jahre sind,

und die in diesen Räumlichkeiten schlafen;

„Niederspannung“ ist eine Spannung, die folgende Werte nicht überschreitet:

- a) in Bezug auf Wechselstrom 1 000 Volt zwischen Leitern oder 600 Volt zwischen Leitern und Erdung oder
- b) in Bezug auf Gleichstrom 1 500 Volt zwischen Leitern oder 900 Volt zwischen Leitern und Erdung;

„wesentliche Änderung“ hat die in § 3 Absatz 2 angegebene Bedeutung;

„wesentliche Nutzungsänderung“ hat die in § 5 angegebene Bedeutung;

⁶ § 16 wurde geändert durch Teil 13 von Anlage 1 des Statute Law (Repeals) Act 1993 (c.50).

⁷ § 47 wurde geändert durch § 18 des Sustainable and Secure Buildings Act 2004 und S.I. 1996/1905.

„Mikroerzeugung“ bedeutet die Verwendung jeder Anlage zur Erzeugung von Elektrizität oder zur Erzeugung von Wärme oder Kühlung (die in diesem Sinn jede Ausrüstung, alle Apparate oder Geräte einschließt), die zur Erzeugung von Elektrizität oder (gegebenenfalls) zur Erzeugung von Wärme oder Kühlung vollständig oder hauptsächlich auf einer Energiequelle oder Technologie nach § 26 Absatz 2 des Climate Change and Sustainable Energy Act 2006⁸ beruht;

„neue Wohnung“ schließt - außer in Teil 6 und 7 - eine Wohnung ein, die durch eine wesentliche Nutzungsänderung eines Gebäudes im Sinne von § 5 Buchstabe a, b oder g geschaffen wird;

„optionale Anforderung“ bedeutet eine optionale Anforderung wie in § 4 Absatz 1A Buchstabe b oder in § 36 Absatz 2 Buchstabe b beschrieben;

„planungsrechtliche Genehmigung“ hat die in § 336 Absatz 1 (Auslegung) des Town and Country Planning Act 1990⁹ angegebene Bedeutung;

„Bescheinigung der Fertigstellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts“ ist eine Bescheinigung nach § 3 der Anlage 4 des Gesetzes;

„Mitteilung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts“ ist eine Mitteilung nach § 54 des Gesetzes;

„Erneuerung“ bedeutet in Bezug auf ein thermisches Bauteil die Bereitstellung einer neuen Schicht in dem thermischen Bauteil (außer, wenn die neue Schicht ausschließlich als Mittel zur Reparatur eines Flachdachs vorgesehen ist) oder den Austausch einer vorhandenen Schicht, mit Ausnahme von dekorativen Oberflächen und „erneuern“ ist ebenso auszulegen;

„Raum für Wohnzwecke“ ist ein Raum oder eine Raumfolge, der bzw. die kein Wohnhaus oder Wohnung ist und der bzw. die von einer oder von mehreren Personen zum Wohnen und Schlafen genutzt wird und einen Raum in einer Herberge, einem Hotel, einem Boardinghouse, einem Studentenwohnheim oder einem Altersheim einschließt, jedoch keinen Raum in einem Krankenhaus oder einer ähnlichen Einrichtung einschließt, die zur Unterbringung von Patienten genutzt wird;

„Ladenlokal“ schließt Räumlichkeiten ein,

- a) die zum Verkauf von Lebensmitteln und Getränken an die Öffentlichkeit zum Konsum in oder außerhalb der Räumlichkeiten genutzt werden,
- b) die für den Weiterverkauf per Auktion an die Öffentlichkeit genutzt werden,
- c) die von der Öffentlichkeit als Friseursalon genutzt werden oder zum Mieten aller Arten von Gegenständen genutzt werden und
- d) zu denen die Öffentlichkeit Waren zur Reparatur oder sonstigen Behandlung bringen kann;

„enthärtestes genusstaugliches Wasser“ ist Wasser, das im Sinne der aufgrund von § 67 des Water Industry Act 1991¹⁰ (Standards der Genusstauglichkeit) erlassenen Vorschriften als ge-

⁸ 2006 c. 19; § 26 Abs. 2 wurde geändert durch S.I. 2008/1767.

⁹ 1990 c.8, wie geändert durch § 84 Absatz 6 und Teil 1 von Anlage 19 des Planning and Compensation Act 1991 und Artikel 5 Buchstabe d der S.I. 2011/1515.

nusstauglich betrachtet wird, wie sie für die Zwecke von Teil G der Anlage 1 nach Absatz 5 gelten, jedoch mit einem Natriumgehalt über dem in diesen Vorschriften spezifizierten Niveau, wenn er durch einen Wasserenthärter oder Wasserenthärtungsverfahren verursacht wird, das die Konzentrationen von Kalzium und Magnesium reduziert.

(2) In dieser Verordnung sind „öffentliche Gebäude“ Gebäude, die wie folgt genutzt werden oder folgende Nutzung enthalten:

- a) ein Theater, öffentliche Bibliothek, Saal oder anderer öffentlicher Aufenthaltsort;
- b) eine Schule oder andere Bildungseinrichtung, die nicht durch § 4 Absatz 1 Buchstabe a des Gesetzes¹¹ vom Vollzug der Bauverordnung ausgenommen ist; oder
- c) einen Ort für öffentliche Gottesdienste;

jedoch soll ein Gebäude nicht als öffentlicher Aufenthaltsort behandelt werden, weil es ein Ladenlokal, ein Lagerhaus oder Lager ist oder beinhaltet oder weil es eine Wohnung ist oder beinhaltet, zu der die Öffentlichkeit gelegentlich Zutritt hat.

(3) In dieser Verordnung ist ein „thermisches Bauteil“ eine Wand, eine Geschossdecke oder ein Dach (jedoch ohne Fenster, Türen, Dachfenster oder Oberlichter), das den beheizten Teil des Gebäudes („den klimatisierten Raum“ trennt von:

- a) der äußeren Umwelt (einschließlich dem Boden); oder
- b) im Fall von Geschossdecken und Wänden von anderen Teilen des Gebäudes, die:
 - (i) nicht klimatisiert sind;
 - (ii) eine Erweiterung sind, die in Klasse 7 von Anlage 2 fällt; oder
 - (iii) wenn dieser Absatz gilt, mit einer anderen Temperatur klimatisiert sind;

und umfasst alle Teile des Bauteils zwischen der Oberfläche, die den klimatisierten Raum von der äußeren Umwelt oder anderen Teilen des Gebäudes abgrenzt, je nachdem.

(4) Absatz 3 Buchstabe b Nummer iii gilt nur für ein Gebäude, das keine Wohnung ist und bei dem der andere Teil des Gebäudes zu einem Zweck genutzt wird, der nicht ähnlich oder identisch ist mit dem Zweck, zu dem der klimatisierte Raum genutzt wird.

(5) § 67 des Water Industry Act 1991 und solche Vorschriften, wie sie aufgrund von jener Vorschrift erlassen worden sind, gelten für die Zwecke des Teil G der Anlage 1, wie sie für die Zwecke von Kapitel 3 des Teil 3 jenes Gesetzes gelten.

Anmerkungen:

§ 2 Absatz 1 wurde geändert durch § 3 Absatz 2 Buchstabe a und b der S.I. 2011/1515, durch § 3 Absatz 2 der S.I. 2012/718, durch § 3 der S.I. 2012/3119, durch § 3 der S.I. 2013/1959 durch § 2 Absatz 2 der S.I. 2014/579, durch § 2 Absatz 2 Buchstabe a und b der S.I. 2015/767 sowie durch § 2 Absatz 2 der S.I. 2016/285.

¹⁰ 1991 c. 56; Verordnungen gemäß § 67 dieses Gesetzes sind S.I. 2000/3184, 2009/3101, 2010/66 und 2010/994.

¹¹ § 4 Abs. 1 wurde geändert durch § 59 von Anlage 37 des Education Act 1996 (c. 56), Anlage 31 des School Standards and Framework Act 1998 (c. 31) und § 6 von Anlages 21 des Education Act 2002 (c. 32) und wird voraussichtlich aufgehoben durch § 5 Buchstabe a) des Sustainable and Secure Buildings Act 2004 und dem Anlage dazu.

TEIL 2

Kontrolle von Bauarbeiten

3. Bedeutung von Bauarbeiten

(1) In diesen Vorschriften sind „Bauarbeiten“:

- a) die Errichtung oder Erweiterung eines Gebäudes,
- b) die Bereitstellung oder Erweiterung einer kontrollierten Versorgungseinrichtung oder Vorrichtung in oder in Verbindung mit einem Gebäude,
- c) die wesentliche Änderung eines Gebäudes oder einer kontrollierten Versorgungseinrichtung oder Vorrichtung wie in Absatz 2 genannt,
- d) nach § 6 (Anforderungen in Bezug auf wesentliche Nutzungsänderungen) erforderliche Arbeiten,
- e) das Einfügen von Dämmstoff in die Hohlraumwand eines Gebäudes,
- f) Arbeiten, welche die Unterfangung eines Gebäudes umfassen,
- g) nach § 22 (Anforderungen in Bezug auf eine Änderung des Energiestatus) erforderliche Arbeiten,
- h) nach § 23 (Anforderungen in Bezug auf thermische Bauteile) erforderliche Arbeiten,
- i) nach § 28 (Folgeverbesserungen der Gesamtenergieeffizienz) erforderliche Arbeiten.

(2) Eine Änderung ist wesentlich im Sinne dieser Verordnung, wenn die Arbeiten, oder irgendein Teil davon, in irgendeiner Bauphase dazu führen würden, dass

- a) ein Gebäude oder eine kontrollierte Versorgungseinrichtung oder Vorrichtung eine relevante Anforderung nicht erfüllt, die es bzw. sie vorher erfüllt hat oder
- b) ein Gebäude oder eine kontrollierte Versorgungseinrichtung oder Vorrichtung, das bzw. die vor Beginn der Arbeiten eine relevante Anforderung nicht erfüllte, in Bezug auf eine solche Anforderung weniger zufriedenstellend wird.

(3) Eine „relevante Anforderung“ nach Absatz 2 ist jede der folgenden anzuwendenden Anforderungen der Anlage 1, nämlich

Teil A (Tragwerk)

B1 (Warneinrichtungen und Fluchtwege)

B3 (Innere Brandausbreitung – Tragwerk)

B4 (Äußere Brandausbreitung)

B5 (Zugang und Einrichtungen für die Feuerwehr und den Rettungsdienst)

Teil M (Zugang zu und Nutzung von Gebäuden).

4. Anforderungen in Bezug auf Bauarbeiten

(1) Vorbehaltlich Absatz 2 sind Bauarbeiten so auszuführen, dass

- a) sie die anzuwendenden Anforderungen der Anlage 1 erfüllen und
- b) es bei der Einhaltung einer dieser Anforderungen keinen Verstoß gegen irgendeine andere solche Anforderung gibt, außer wie es in den Absätzen 1C und 1D vorgesehen sein kann.

(1A) Die in Anlage 1 enthaltenen anzuwendenden Anforderungen sind:

- a) die in Anlage 1 enthaltenen anzuwendenden Anforderungen, die in allen Fällen gelten, vorbehaltlich Absatz 1C, und
- b) alle anzuwendenden Anforderungen, die in Anlage 1 enthalten sind und in Spalte 1 dieses Anlages als optionale Anforderungen beschrieben sind, die durch die Absätze 1B, 1C und 1D in Bezug auf die fraglichen Bauarbeiten anzuwenden sind.

(1B) Eine wie in Absatz 1A Buchstabe b beschriebene optionale Anforderung muss in allen Fällen auf Bauarbeiten angewendet werden, wenn die Planungsgenehmigung, nach der die Bauarbeiten ausgeführt werden

- a) diese optionale Anforderung unter Bezugnahme auf diese Verordnung angibt und
- b) es zur Bedingung macht, dass die Anforderung erfüllt werden muss.

(1C) Eine optionale Anforderung ist als Ersatz für eine Anforderung der Anlage 1 bis zu dem Ausmaß anzuwenden, wie es die Ausdrucksweise der optionalen Anforderung in der zweiten Spalte der Anlage 1 vorsieht.

(1D) Eine optionale Anforderung ist anzuwenden und eine andere optionale Anforderung ist nicht anzuwenden in dem Ausmaß, wie es die erstgenannte optionale Anforderung in der zweiten Spalte der Anlage 1 vorsieht.

(2) Wenn

- a) Bauarbeiten von der in § 3 Absatz 1 Buchstabe g, h oder i beschriebenen Art sind und
- b) die Ausführung dieser Arbeiten keine wesentliche Änderung begründet,

müssen diese Arbeiten nur die anzuwendenden Anforderungen des Teil L der Anlage 1 erfüllen.

(3) Bauarbeiten sind so auszuführen, dass nach ihrer Fertigstellung

- a) jedes Gebäude, das erweitert wird oder an dem eine wesentliche Änderung vorgenommen wird oder

- b) jedes Gebäude in dem oder in Verbindung mit dem eine kontrollierte Versorgungseinrichtung oder Vorrichtung bereitgestellt, erweitert oder wesentlich geändert wird oder
- c) jede kontrollierte Versorgungseinrichtung oder Vorrichtung,

die anzuwendenden Anforderungen der Anlage 1 erfüllt oder, wenn es eine solche Anforderung nicht erfüllt, in Bezug auf diese Anforderung nicht weniger zufriedenstellend ist als vor Ausführung der Arbeiten.

Anmerkungen:

§ 4 Absatz 1 wurde geändert durch § 2 Absatz 3 Buchstabe a der S.I. 2015/767.

§ 4 Absatz 1A, 1B, 1C und 1D wurden eingefügt durch § 2 Absatz 3 Buchstabe b der S.I. 2015/767.

5. Bedeutung einer wesentlichen Nutzungsänderung

Im Sinne des § 8 Absatz 1 Buchstabe e der Anlage 1 des Gesetzes und im Sinne dieser Verordnung ist eine wesentliche Nutzungsänderung gegeben, wenn es zu einer Änderung der Zwecke kommt, zu denen ein Gebäude genutzt wird oder einer Änderung der Umstände unter denen ein Gebäude genutzt wird, sodass nach der Änderung

- a) das Gebäude als Wohnung genutzt wird, was vorher nicht der Fall war,
- b) das Gebäude eine Geschosswohnung enthält, was vorher nicht der Fall war,
- c) das Gebäude als Hotel oder Boardinghouse genutzt wird, was vorher nicht der Fall war,
- d) das Gebäude als Institution genutzt wird, was vorher nicht der Fall war,
- e) das Gebäude als öffentliches Gebäude genutzt wird, was vorher nicht der Fall war,
- f) das Gebäude kein in Klasse 1 bis 6 der Anlage 2 beschriebenes Gebäude ist, was vorher der Fall war,
- g) das Gebäude, das mindestens eine Wohnung enthält, eine größere oder geringere Anzahl von Wohnungen enthält als es vorher enthielt,
- h) das Gebäude einen Raum für Wohnzwecke enthält, was vorher nicht der Fall war,
- i) das Gebäude, das mindestens einen Raum für Wohnzwecke enthält, eine größere oder geringere Anzahl solcher Räume enthält als es vorher enthielt, oder
- j) das Gebäude als Ladenlokal genutzt wird, was vorher nicht der Fall war.

6. Anforderungen in Bezug auf wesentliche Nutzungsänderungen

(1) Wenn eine wesentliche Nutzungsänderung eines gesamten Gebäudes vorliegt, sind solche Arbeiten gegebenenfalls so auszuführen wie es notwendig ist um sicherzustellen, dass das Gebäude die anzuwendenden Anforderungen der folgenden Anforderungen der Anlage 1 erfüllt

- a) in allen Fällen, B1 (Warneinrichtungen und Fluchtwege)

B2 (Innere Brandausbreitung - Bekleidungen)

B3 (Innere Brandausbreitung –Tragwerk)

B4 Absatz 2 (Äußere Brandausbreitung - Dächer)

B5 (Zugang und Einrichtungen für die Feuerwehr und den Rettungsdienst)

C2 Buchstabe c (Tauwasserausfall im Bauteil und an der Oberfläche)

F1 (Lüftung)

G1 (Kaltwasserversorgung)

G3 Absatz 1 bis 3 (Warmwasserversorgung und -anlagen)

G4 (Sanitäreinrichtungen und Waschgelegenheiten)

G5 (Badezimmer)

G6 (Küchen und Bereiche zur Zubereitung von Lebensmitteln)

G2 (Badezimmer)

H1 (Schmutzwasserentwässerung)

H6 (Lagerung fester Abfallstoffe)

J1 bis J4 (Feuerungsanlagen)

L1 (Einsparung von Brennstoff und Energie)

P1 (elektrische Sicherheit)

- b) im Fall einer in § 5 Buchstabe c, d, e oder f beschriebenen wesentlichen Nutzungsänderungen A1 bis A3 (Tragwerk),
- c) im Fall eines Gebäudes, das 15 m Höhe überschreitet, B4 Absatz 1 (Äußere Brandausbreitung - Wände),
- d) im Fall einer in § 5 Buchstabe a, b, c, g, h, i beschriebenen wesentlichen Nutzungsänderung oder, wenn die wesentliche Nutzungsänderung eine neue Wohnunterkunft vorsieht, Buchstabe f, C1 Absatz 2 (Schutz gegen Schadstoffe),
- e) im Fall einer in § 5 Buchstabe a beschriebenen wesentlichen Nutzungsänderung C2 (Schutz gegen Feuchtigkeit),
- f) im Fall einer in § 5 Buchstabe a, b, c, g, h oder i beschriebenen wesentlichen Nutzungsänderung E1 bis E3 (Schutz gegen Schallübertragung),

- g) im Fall einer in § 5 Absatz e beschriebenen wesentlichen Nutzungsänderungen, wenn das öffentliche Gebäude in einer Schule besteht oder eine Schule enthält E4 (Akustische Bedingungen in Schulen),
- h) im Fall einer in § 5 Buchstabe a oder b beschriebenen wesentlichen Nutzungsänderung G2 (Wassereffizienz) und G3 Absatz 4 (Warmwasserversorgung und -anlage: Warmwasserversorgung von ortsfest eingebauten Bädern),
- i) im Fall einer in § 5 Buchstabe c, d, e oder j beschriebenen wesentlichen Nutzungsänderung M1 (Zugang und Nutzung);
- j) im Fall einer in § 5 Buchstabe a, b oder g beschriebenen wesentlichen Nutzungsänderung Q1 (Sicherheit).

(2) Bei einer wesentlichen Nutzungsänderung von nur einem Teil eines Gebäudes, sind solche Arbeiten so auszuführen wie es notwendig ist, um sicherzustellen, dass

- a) dieser Teil in allen Fällen die anzuwendenden Anforderungen erfüllt, auf die Absatz 1 Buchstabe a Bezug nimmt,
- b) in einem Fall, in dem Absatz 1 Buchstabe b, e, f, g oder h gilt, dieser Teil die Anforderungen erfüllt, auf die in dem entsprechenden Buchstaben Bezug genommen wird,
- c) in einem Fall, für den Absatz 1 Buchstabe c gilt, das gesamte Gebäude die Anforderungen erfüllt, auf die in diesem Buchstaben Bezug genommen wird,
- d) in einem Fall, in dem Absatz 1 Buchstabe i gilt,
 - (i) dieser Teil und alle Sanitäreinrichtungen, die in diesem Teil oder in Verbindung mit diesem Teil vorgesehen sind, die Anforderungen erfüllt, auf die in diesem Buchstaben Bezug genommen wird, und
 - (ii) das Gebäude Anforderung M1 Buchstabe a der Anlage 1 soweit erfüllt, dass angemessene Vorsorge dafür getroffen wird, dass entweder für einen geeigneten unabhängigen Zugang zu diesem Teil gesorgt wird oder für einen geeigneten Zugang durch das Gebäude zu diesem Teil;
- e) in einem Fall, in dem Absatz 1 Buchstabe j im Hinblick auf eine in § 5 Buchstabe b oder g beschriebene wesentliche Nutzungsänderung anzuwenden ist, dieser Teil die in Absatz 1 Buchstabe j genannte Anforderung erfüllt.

Anmerkungen:

§ 6 Absatz 1 und § 6 Absatz 2 Buchstabe d Nummer ii wurden geändert und § 6 Absatz 1 Buchstabe j und § 6 Absatz 2 Buchstabe e wurden eingefügt durch § 2 Absatz 4 der S.I. 2015/767.

7. Materialien und Verarbeitung

Bauarbeiten sind auszuführen

- a) mit adäquaten und ordnungsgemäßen Materialien, die

- (i) für die Umstände geeignet sind, unter denen sie verwendet werden,
 - (ii) adäquat gemischt oder vorbereitet werden und
 - (iii) so angewendet, verwendet oder befestigt werden, dass sie der Funktion adäquat gerecht werden, für die sie konzipiert sind, und
- b) in fachgerechter Weise.

8. Begrenzung von Anforderungen

Teil A bis D, F bis K und P (außer Anforderungen G2, H2 und J7) von Anlage 1 verlangen nicht mehr zu tun, als zum Zweck der Sicherstellung angemessener Gesundheits- und Sicherheitsstandards für Personen in oder in der Nähe von Gebäuden (und anderen, die durch Gebäude oder Angelegenheiten in Verbindung mit Gebäuden betroffen sind).

Anmerkungen:

§ 8 wurde geändert durch § 4 der S.I. 2012/3119.

9. Ausgenommene Gebäude und Arbeiten

(1) Vorbehaltlich Absatz 2, 3 und 4 und § 21 Absatz 1, gilt diese Verordnung nicht für

- a) die Errichtung eines Gebäudes oder einer Erweiterung der in Anlage 2 beschriebenen Art oder
- b) die Ausführung aller Arbeiten an oder in Verbindung mit einem solchen Gebäude oder einer solchen Erweiterung, wenn das Gebäude oder die Erweiterung nach der Ausführung dieser Arbeiten immer noch ein Gebäude oder eine Erweiterung der in diesem Anlage beschriebenen Art ist.

(2) Die Anforderungen G1 und G3 Absatz 2 und 3 der Anlage 1 gelten

- a) für jedes Gewächshaus, das seine Kalt- oder Warmwasserversorgung aus einer gemeinsamen Quelle mit einer Wohnung bezieht oder aus einer Quelle, die sich in einer Wohnung befindet und
- b) für
 - (i) jedes kleine freistehende Gebäude, das in Klasse 6 in Anlage 2 fällt und
 - (ii) jede Erweiterung eines Gebäudes, das in Klasse 7 in Anlage 2 fällt,das bzw. die ihre Kalt- oder Warmwasserversorgung in beiden Fällen aus einer gemeinsamen Quelle mit einem Gebäude oder aus einer Quelle in einem Gebäude bezieht, außer einem Gebäude der in Anlage 2 beschriebenen Art.

(3) Die Anforderungen des Teil P der Anlage 1 gelten für

- a) jedes Gewächshaus zum Hausgebrauch,

- b) jedes kleine freistehende Gebäude, das in Klasse 6 in Anlage 2 fällt und
- c) jede Erweiterung eines Gebäudes, das in Klasse 7 in Anlage 2 fällt,

das bzw. die in jedem Fall die Elektrizität aus einer gemeinsamen Quelle mit einer Wohnung bezieht oder aus einer Quelle in einer Wohnung.

(4) Die Anforderung R1 der Anlage 1 gilt für Gebäude, die unter die Absätze 1 und 2 der Klasse 1 (Gebäude unter Kontrolle anderer Rechtsvorschriften) der Anlage 2 fallen.

Anmerkungen:

§ 9 Absatz 3 Buchstabe a wurde geändert durch § 5 der S.I. 2012/3119.
§ 9 Absatz 1 wurde geändert durch § 2 Absatz 2 Buchstabe a der S.I. 2016/490.
§ 9 Absatz 4 wurde angefügt durch § 2 Absatz 2 Buchstabe b der S.I. 2016/490.

10. Ausnahme der Metropolitan Police Authority von Verfahrensanforderungen

(1) Die Metropolitan Police Authority wird hiermit im Sinne des § 5 des Gesetzes (Ausnahme von öffentlichen Körperschaften von den Verfahrensanforderungen und Vollzug der Bauverordnung) vorgeschrieben.

(2) Die Metropolitan Police Authority ist von der Einhaltung dieser Verordnung ausgenommen soweit die Anforderungen in dieser Verordnung keine materiellen Anforderungen sind.

11. Ermächtigung zur Befreiung oder zur Erleichterung von Anforderungen

(1) Vorbehaltlich Absatz 3 ist die Ermächtigung nach § 8 Absatz 1 des Gesetzes, von den in dieser Verordnung enthaltenen Anforderungen abzuweichen oder Erleichterungen davon zu gestatten, von den örtlichen Behörden auszuüben.

(2) Jede Mitteilung einer örtlichen Behörde gegenüber einem Antragsteller, dass sie den Antrag des Antragstellers auf Befreiung oder auf Gestattung einer Erleichterung von irgendeiner Anforderung dieser Verordnung ablehnt, hat den Antragsteller über die Wirkung von § 39 Absatz 1 und 3 des Gesetzes zu informieren (Widerspruch gegen die Ablehnung etc. Erleichterungen von Bauvorschriften zu gestatten).

(3) § 8 Absatz 1 bis 5 des Gesetzes (Erleichterung von Bauvorschriften) ist nicht anzuwenden auf § 23 Absatz 1 Buchstabe a, §§ 25A, 25B, 26 und Anforderung R1 (gebäudeinterne physische Infrastruktur für Hochgeschwindigkeitsnetze für die elektronische Kommunikation) der Anlage 1.

Anmerkungen:

§ 11 Absatz 3 wurde geändert durch § 3 Absatz 2 der S.I. 2013/1105, § 2 Absatz 4 der S.I. 2016/285 sowie durch § 3 Absatz 3 der S.I. 2016/490.

TEIL 3

Mitteilungen, Bauvorlagen und Bescheinigungen

12. Einreichen einer Bauanzeige oder Einreichen von Bauvorlagen

(1) Diese Vorschrift gilt für eine Person, die beabsichtigt

- a) Bauarbeiten auszuführen,
- b) ein thermisches Bauteil in einem Gebäude auszutauschen oder zu erneuern, für das die Energieeffizienzanforderungen gelten,
- c) den Energiestatus eines Gebäudes zu ändern oder
- d) eine wesentliche Nutzungsänderung vorzunehmen.

(2) Vorbehaltlich der folgenden Bestimmungen dieser Verordnung muss eine Person, für die diese Vorschrift gilt,

- a) bei der örtlichen Behörde eine Bauanzeige nach § 13 einreichen oder
- b) vollständige Bauvorlagen bei der örtlichen Behörde nach § 14 einreichen.

(3) Eine Person, welche die Ausführung von Bauarbeiten an einem Gebäude beabsichtigt, für das die Regulatory Reform (Fire Safety) Order 2005¹² gilt oder nach der Fertigstellung der Bauarbeiten gelten wird, hat vollständige Pläne einzureichen.

(4) Eine Person, welche die Ausführung von Bauarbeiten beabsichtigt, welche die Errichtung eines Gebäudes mit der Front zu einer privaten Straße einschließen, hat vollständige Pläne einzureichen.

(5) Eine Person, welche die Ausführung von Bauarbeiten beabsichtigt, an die Anforderung H4 der Anlage 1 eine Anforderung stellt, hat vollständige Pläne einzureichen.

(6) Von einer Person, welche die Ausführung von Bauarbeiten beabsichtigt, wird nicht verlangt eine Bauanzeige oder vollständige Pläne einzureichen, wenn die Arbeiten nur in Arbeiten bestehen, die

- a) in Spalte 1 der Tabelle in Anlage 3 beschrieben sind und von einer Person ausgeführt werden sollen, die in dem entsprechenden Eintrag in Spalte 2 dieser Tabelle beschrieben sind;
- b) in Anlage 4 beschrieben sind; oder
- c) in Spalte 1 der Tabelle in Anlage 3A beschrieben sind, wenn die Arbeiten von einer Person inspiziert werden sollen, die in dem dazugehörigen Eintrag in Spalte 2 von dieser Tabelle beschrieben ist, (ein „dritter Zertifizierer“) und die von der Person, welche die Ausführung der Bauarbeiten beabsichtigt, vor Beginn dieser Arbeiten ernannt wurde.

(6A) Eine Person, welche die Ausführung von Bauarbeiten beabsichtigt, an die Teil P der Anlage 1 eine Anforderung stellt, ist aufgefordert eine Bauanzeige oder vollständige Pläne einzureichen, wenn die Arbeiten bestehen in

¹² S.I. 2005/1541.

- a) dem Einbau eines neuen Stromkreises,
- b) dem Austausch einer Verbrauchseinheit oder
- c) jedem Hinzufügen oder Ändern bestehender Stromkreise an einem besonderen Ort.

(7) Wenn § 19 der Building (Approved Inspectors etc) Regulations 2010¹³ (Befugnisse örtlicher Behörden in Bezug auf teilweise fertiggestellte Arbeiten) gilt, hat der Eigentümer dessen Anforderungen zu erfüllen statt die Anforderungen dieser Vorschrift.

(8) Wenn

- a) eine Person die Ausführung von Bauarbeiten beabsichtigt, die in Notreparaturen bestehen,
- b) es nicht möglich ist Absatz 2 vor Beginn der Arbeiten einzuhalten und
- c) Absatz 6 nicht gilt,

hat die Person eine Bauanzeige sobald wie möglich nach Beginn der Arbeiten bei der örtlichen Behörde einzureichen,

(9) In dieser Vorschrift

hat „mit der Front zu“ die in § 203 Absatz 3 des Highway Act 1980¹⁴ angegebene Bedeutung

hat „private Straße“ die in § 203 Absatz 2 des Highway Act 1980¹⁵ angegebene Bedeutung und bedeutet „besonderer Ort“

- a) innerhalb eines Raumes, der eine Badewanne oder eine Dusche enthält, den Raum um einen Wasserhahn einer Badewanne oder einen Duschkopf, wenn der Raum folgende Maße überschreitet
 - (i) vertikal von der Fertigfußbodenebene bis
 - aa) zu einer Höhe von 2,25 Meter oder
 - bb) zur Position des Duschkopfes wo er an der Wand oder Decke befestigt ist bis zu einem Punkt von mehr als 2,25 Meter über dieser Ebene und
 - (ii) horizontal
 - aa) wenn ein Wasserhahn einer Badewanne oder eine Duschwanne vorhanden ist, ein Abstand von 0,6 Meter von der Kante des Wasserhahns oder der Duschwanne oder

¹³ S.I. 2010/2215.

¹⁴ 1980 c. 66.

¹⁵ § 203 Absatz 2 wurde geändert durch § 45 Absatz 11 von Anlage 2 des Planning (Consequential Provisions) Act 1990 (c. 11) und Teil 5 von Anlage 19 des Planning and Compensations Act 1991 (c. 34).

- bb) wenn kein Wasserhahn einer Badewanne oder keine Duschwanne vorhanden ist, ein Abstand von 1,2 Meter vom Mittelpunkt des Duschkopfes, wo er an der Wand oder Decke befestigt ist, oder
- b) einen Raum, der ein Schwimmbecken oder einen Saunaofen enthält.

Anmerkungen:

§ 12 Absatz 9 wurde geändert durch § 6 der S.I. 2012/3119.

§ 12 Absatz 6 Buchstabe b wurde geändert und Buchstabe c eingefügt durch § 2 Absatz 3 der S.I. 2014/579.

13. Angaben und Bauvorlagen beim Einreichen einer Bauanzeige

(1) Eine Bauanzeige hat den Namen und die Adresse der Person anzugeben, welche die Ausführung der Bauarbeiten beabsichtigt und ist von dieser Person oder im Namen dieser Person zu unterschreiben und hat Folgendes zu beinhalten oder hat von Folgendem begleitet zu sein:

- a) eine Erklärung, dass sie im Sinne von § 12 Absatz 2 Buchstabe a eingereicht wird,
- b) eine Beschreibung der beabsichtigten Bauarbeiten, Erneuerung oder Austausch eines thermischen Bauteils, Änderung des Energiestatus eines Gebäudes oder wesentlichen Nutzungsänderung,
- c) Angaben zur Lage des Gebäudes, auf das sich der Antrag bezieht und die Nutzung oder beabsichtigte Nutzung dieses Gebäudes und
- d) im Fall einer neuen Wohnung
 - (i) eine Erklärung, ob irgendeine optionale Anforderung für die Bauarbeiten gilt und wenn ja welche oder
 - (ii) eine Erklärung, dass noch keine Planungsgenehmigung für die Arbeiten erteilt wurde und dass die nach Nummer i erforderliche Information spätestens bis zum Ablauf einer Frist von 28 Tagen beginnend mit dem Tag nach der Erteilung der Genehmigung beigebracht wird;

(1A) Im Fall einer neuen Wohnung, wenn der Bauanzeige eine Erklärung nach Absatz 1 Buchstabe d Nummer ii beigelegt war, muss der örtlichen Behörde vor Ablauf einer Frist von 28 Tagen beginnend mit dem Tag nach der Erteilung der Planungsgenehmigung für die Bauarbeiten eine Erklärung nach Absatz 1 Buchstabe d Nummer i vorgelegt werden und die Erklärung muss angeben, dass sie ergänzend zu den Informationen im Hinblick auf die Arbeiten gemäß Absatz 1 Buchstabe d ist.

(2) Im Fall der Errichtung oder Erweiterung eines Gebäudes, muss einer Bauanzeige beigelegt sein

- a) ein Plan in einem Maßstab nicht kleiner als 1:1.250, der folgendes darstellt
 - (i) die Größe und Lage des Gebäudes oder des erweiterten Gebäudes und seine Beziehung zu den Nachbargrenzen,

- (ii) die Grenzen des Grundstücks des Gebäudes oder des erweiterten Gebäudes und die Größe, Lage und Nutzung jedes anderen Gebäudes oder geplanten Gebäudes innerhalb dieses Grundstücks,
 - (iii) die Breite und Lage jeder Straße an oder innerhalb der Grenzen dieses Grundstücks des Gebäudes oder des erweiterten Gebäudes,
 - b) eine Erklärung, in der die Anzahl der Geschosse des Gebäudes angegeben wird (wobei jede Kellergeschossebene als ein Geschoss gezählt wird), auf das sich der Antrag bezieht und
 - c) nähere Angaben über
 - (i) die zu treffenden Vorkehrungen für die Entwässerung des Gebäudes oder Erweiterung und
 - (ii) die zu unternehmenden Schritte zur Einhaltung jeder geltenden örtlichen Satzung.
- (3) Wenn eine Bauanzeige eingereicht wurde, hat eine Person, die Bauarbeiten, Erneuerungen oder den Austausch eines thermischen Bauteils ausführt, eine Änderung des Energiestatus eines Gebäudes oder eine wesentliche Nutzungsänderung vornimmt, der örtlichen Behörde innerhalb der von der Behörde angegebenen Zeit solche Bauvorlagen einzureichen, die in diesem Fall zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Bezug auf die Bauverordnung erforderlich sind und schriftlich angegeben werden.
- (4) Weder eine Bauanzeige noch Bauvorlagen, die ihr beigelegt sind oder gemäß Absatz 3 eingereicht worden sind, sollen im Sinne von § 16 des Gesetzes so behandelt werden als wären sie in Übereinstimmung mit der Bauverordnung eingereicht worden.
- (5) Eine Bauanzeige erlischt nach Ablauf von drei Jahren nach dem Eingang der Anzeige bei der örtlichen Behörde, es sei denn, dass vor dem Ablauf dieser Frist
- a) mit den Bauarbeiten, auf die sich die Anzeige bezog, begonnen worden ist, oder
 - b) die in der Bauanzeige beschriebene Änderung des Energiestatus des Gebäudes oder die wesentliche Nutzungsänderung vorgenommen worden ist.

Anmerkungen:

§ 13 Absatz 1 Buchstabe c wurde geändert und Buchstabe d sowie Absatz 1A wurde eingefügt durch § 2 Absatz 5 der S.I. 2014/579.

14. Vollständige Bauvorlagen

- (1) Vollständigen Bauvorlagen muss eine Erklärung beigelegt sein, nach der sie im Sinne von § 12 Absatz 2 Buchstabe b eingereicht werden.
- (2)
- a) Vollständige Bauvorlagen müssen in doppelter Ausfertigung eingereicht werden, von denen die örtliche Behörde eine Ausfertigung behalten kann und

- b) wenn Teil B der Anlage 1 (Brandschutz) in Bezug auf geplante Bauarbeiten eine Anforderung stellt, sind zwei zusätzliche Ausfertigungen dieser Bauvorlagen einzureichen, welche die Erfüllung dieser Anforderung nachweisen und welche die örtliche Behörde beide behalten kann.

(3) Vollständige Bauvorlagen müssen bestehen aus

- a) einer Beschreibung der beabsichtigten Bauarbeiten, Erneuerung oder Austausch eines Thermischen Bauteils, Änderung des Energiestatus eines Gebäudes oder wesentlicher Nutzungsänderung sowie der nach § 13 Absatz 1, 1A und 2 erforderlichen Bauvorlagen, Angaben und Erklärungen,
- b) Angaben über die zu treffenden Vorkehrungen beim Bauen über eine Abwasserleitung, eine Kanalisation oder eine Abwasserhauptleitung, wenn Anforderung H4 der Anlage 1 eine Anforderung stellt und
- c) allen anderen Bauvorlagen, die notwendig sind um darzustellen, dass die Arbeiten diese Verordnung einhalten würden.

(4) Vollständigen Bauvorlagen muss eine Erklärung darüber beigefügt werden, ob das Gebäude ein Gebäude ist, für das die Regulatory Reform (Fire Safety) Order 2005 gilt oder nach der Fertigstellung der Bauarbeiten gelten wird.

(5) (aufgehoben)

(6) Absatz 2 Buchstabe b fordert nicht das Einreichen zusätzlicher Ausfertigungen der Bauvorlagen, wenn sich die beabsichtigten Arbeiten auf die Errichtung, Erweiterung oder wesentliche Nutzungsänderung eines Wohnhauses oder einer Geschosswohnung beziehen.

Anmerkungen:

§ 14 Absatz 3 wurde geändert durch § 2 Absatz 6 der S.I. 2015/767.
§ 14 Absatz 5 wurde aufgehoben durch § 7 der S.I. 2012/3119.

15. Konsultation mit dem Abwasserentsorgungsunternehmen

(1) Diese Vorschrift gilt, wenn bei der örtlichen Behörde vollständige Bauvorlagen eingereicht worden sind und Anforderung H4 der Anlage 1 Anforderungen in Bezug auf die Bauarbeiten stellt, die Gegenstand dieser Bauvorlagen sind.

(2) Wenn diese Vorschrift gilt, hat die örtliche Behörde das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren

- a) sobald es nach Einreichen der Bauvorlagen möglich ist und
- b) bevor eine Bescheinigung über die Fertigstellung in Bezug auf die Bauarbeiten nach § 17 oder § 17A ausgestellt wird.

(3) Wenn von einer örtlichen Behörde nach Absatz 2 verlangt wird das Abwasserentsorgungsunternehmen zu konsultieren, hat sie

- a) dem örtlichen Abwasserentsorgungsunternehmen in einem Fall, in dem die Behörde es infolge des Einreichens vollständiger Bauvorlagen konsultiert, ausreichende Bauvorlagen zu übergeben, die zeigen, ob die Arbeiten, wenn sie entsprechend dieser Bauvorlagen ausgeführt werden, die anzuwendenden Anforderungen von Anforderung H4 der Anlage 1 einhalten,
- b) alle vom Abwasserentsorgungsunternehmen zum Ausdruck gebrachten Belange berücksichtigen und
- c) keine Bauvorlagen weiterreichen oder Bescheinigung der Fertigstellung ausstellen, bis 15 Tage seit der Konsultation des Abwasserentsorgungsunternehmens vergangen sind, es sei denn das Abwasserentsorgungsunternehmen hat seine Belange vor Ablauf dieser Zeitspanne zum Ausdruck gebracht hat.

Anmerkung:

§ 15 Absatz 2 Buchstabe b wurde geändert durch § 8 der S.I. 2012/3119.

16. Mitteilung über Beginn und Fertigstellung bestimmter Bauphasen

(1) Vorbehaltlich der Absätze 8 und 9 hat eine Person, welche die Ausführung von Bauarbeiten beabsichtigt, nicht mit diesen Arbeiten zu beginnen bis

- a) diese Person der örtlichen Behörde die Absicht des Beginns der Arbeiten mitgeteilt hat und
- b) mindestens zwei Tage seit dem Ende des Tages vergangen sind, an dem die Anzeige eingereicht wurde.

(2) Vorbehaltlich Absatz 8 hat eine Person, welche die Ausführung von Bauarbeiten beabsichtigt, die örtliche Behörde zu benachrichtigen, wie von der Behörde nach Absatz 3 gefordert.

(3) Vorbehaltlich der Bedingungen in den Absätzen 3A und 3B, wenn eine örtliche Behörde eine Mitteilung über die Absicht mit Bauarbeiten zu beginnen nach Absatz 1 erhält, kann sie der Person, welche die Ausführung der Bauarbeiten beabsichtigt, eine schriftliche Mitteilung zukommen lassen, die

- a) von der Person verlangt, der örtlichen Behörde mitzuteilen, dass eine spezifizierte Phase der Arbeiten (außer eine in den Absätzen 4 und 5 angegebene Phase) erreicht wurde und
- b) ein oder mehrere Fristen angeben kann, die für jede solche Benachrichtigung gilt, die eine oder beide der Folgenden sein kann:
 - (i) eine Frist bevor oder nachdem die Arbeiten ausgeführt wurden innerhalb der die Benachrichtigung gemacht werden muss und
 - (ii) eine Frist während der die betreffenden Arbeiten nicht verdeckt werden dürfen.

(3A) Eine örtliche Behörde kann nur eine Phase der Bauarbeiten nach Absatz 3 Buchstabe a angeben, wenn sie zu der Zeit, zu der sie dies tut, beabsichtigt, eine Inspektion dieser Phase auszuführen.

(3B) Die Absicht der örtlichen Behörde eine Inspektion einer Phase von Bauarbeiten im Sinne von Absatz 3A auszuführen, muss auf Ihrer Bewertung des Risikos eines Verstoßes gegen diese Verordnung beruhen, wenn sie die Arbeiten nicht inspiziert.

(4) Vorbehaltlich Absatz 8 hat eine Person, die Bauarbeiten ausführt, der örtlichen Behörde die Fertigstellung dieser Arbeiten nicht mehr als fünf Tage nach Fertigstellung mitzuteilen.

(5) Wenn ein Gebäude errichtet wird, für das die Regulatory Reform (Fire Safety) Order 2005¹⁶ gilt oder nach Fertigstellung der Arbeiten gelten wird, und dieses Gebäude (oder ein Teil davon) vor der Fertigstellung in Nutzung genommen werden soll, hat die Person, die diese Arbeiten ausführt, der örtlichen Behörde die Innutzungnahme des Gebäudes oder des Teiles davon mindestens fünf Tage vorher anzuzeigen.

(6) Eine Person, welche die Absätze 1 oder 2 nicht befolgt hat, hat jeder Mitteilung der örtlichen Behörde innerhalb einer angemessenen Frist nachzukommen und soviel der Arbeiten einzuschneiden, offenzulegen oder einzureißen wie erforderlich ist, damit die Behörde ungehindert feststellen kann, dass diese Verordnung eingehalten wurde.

(7) Wenn die örtliche Behörde eine Mitteilung gemacht hat, die angibt in welcher Weise irgendwelche Arbeiten gegen die Anforderungen dieser Verordnung verstoßen, hat eine Person, die irgendwelche weiteren Arbeiten zur Sicherstellung der Einhaltung dieser Verordnung ausgeführt hat, der örtlichen Behörde innerhalb einer angemessenen Frist nach Fertigstellung dieser weiteren Arbeiten deren Fertigstellung anzuzeigen.

(8) Die Absätze 1 bis 4 gelten nur für eine Person, von der § 12 verlangt eine Bauanzeige oder vollständige Bauvorlagen einzureichen.

(9) Absatz 1 gilt nicht, wenn § 12 Absatz 8 gilt.

Anmerkungen:

§ 16 Absatz 2 und 3 wurde geändert durch § 9 Buchstabe a der S.I. 2012/3119.

§ 16 Absatz 3A und 3B wurde eingefügt durch § 9 Buchstabe a der S.I. 2012/3119.

§ 16 Absatz 5 und 6 wurde geändert durch § 16 Buchstabe b und c der S.I. 2012/3119.

17. Bescheinigungen der Fertigstellung

(1) Eine örtliche Behörde hat innerhalb der angegebenen Frist in allen Fällen eine Bescheinigung der Fertigstellung auszustellen (einschließlich einem Fall, wenn bereits eine Bescheinigung nach § 17A ausgestellt wurde), wenn sie nach Unternehmen aller angemessenen Schritte zufriedengestellt ist, dass ein Gebäude infolge der ausgeführten Bauarbeiten die einschlägigen Vorschriften einhält.

(2) Die in Absatz 1 angegebene Frist beträgt acht Wochen beginnend an dem Tag, an dem die Person, welche die Arbeiten ausführt, der örtlichen Behörde mitteilt, dass die Arbeiten fertiggestellt wurden.

(2A) Die in Absatz 1 genannten einschlägigen Vorschriften sind alle geltenden Anforderungen der folgenden Bestimmungen:

¹⁶ S.I. 2005/1541.

- a) § 25A (Hocheffiziente alternative Anlagen für Neubauten,
- b) § 26 (CO₂-Emissionsraten für Neubauten),
- c) § 26A (Zielenergieeffizienzanforderungen für die Gebäudehülle neuer Wohnungen,
- d) § 36 (Wassereffizienz von neuen Wohnungen),
- e) § 38 (Brandschutzinformationen),
- f) Anlage 1 und
- g) § 7A (Ausweis über die Gesamtenergieeffizienz beim Bau) der Energy Performance of Buildings (England and Wales) Regulations 2012¹⁷

(3) (aufgehoben)

(4) Eine in Übereinstimmung mit dieser Vorschrift ausgestellte Bescheinigung dient als Nachweis (jedoch nicht als unwiderlegbarer Nachweis) dafür, dass die in dieser Bescheinigung angegebenen Anforderungen erfüllt wurden.

(5) Die Bescheinigung muss eine Erklärung ihrer Beweiskraft enthalten, in Begriffen, die im Wesentlichen dieselben sind wie in Absatz 4.

Anmerkungen:

§ 17 Absatz 1 bis 2A wurde eingefügt durch § 10 Buchstabe a der S.I. 2012/3119.

§ 17 Absatz 3 wurde aufgehoben durch § 10 Buchstabe a der S.I. 2012/3119.

§ 17 Absatz 5 wurde eingefügt durch § 10 Buchstabe b der S.I. 2012/3119.

§ 17 Absatz 2A Buchstabe c und e wurde geändert durch § 2 Absatz 5 Buchstabe a und b der S.I. 2016/285.

§ 17 Absatz 2A Buchstabe g wurde eingefügt durch § 2 Absatz 5 Buchstabe c der S.I. 2016/285.

17A. Bescheinigungen für Gebäude, die vor der Fertigstellung in Nutzung genommen werden

(1) Eine örtliche Behörde muss innerhalb der angegebenen Frist eine Bescheinigung der Fertigstellung im Hinblick auf einen Teil oder ein gesamtes Gebäude ausstellen, wenn Bauarbeiten ausgeführt werden und wenn alle folgenden Umstände gegeben sind:

- a) ein Teil des Gebäudes oder das gesamte Gebäude soll in Nutzung genommen werden bevor die Arbeiten fertiggestellt sind;
- b) das Gebäude ist Gegenstand der Regulatory (Fire Safety) Order 2005 und
- c) die Behörde ist nach Unternehmen aller angemessenen Schritte zufriedengestellt, dass ungeachtet der Fertigstellung des gegenwärtigen Gebäudes die Teile, die vor Fertigstellung der Arbeiten in Nutzung genommen werden sollen, gegenwärtig § 38 und Teil B der Anlage 1 einhalten.

¹⁷ S.I. 2012/3118, geändert durch S.I. 2013/10, S.I. 2013/181, S.I. 2013/603, S.I. 2014/880, S.I. 2015/609, S.I. 2015/1681 und S.I. 2016/284.

(2) Die in Absatz 1 genannte angegebene Frist beträgt vier Wochen beginnend an dem Tag, an dem die örtliche Behörde die Mitteilung nach § 16 Absatz 5 erhält.

(3) Eine in Übereinstimmung mit dieser Vorschrift ausgestellte Bescheinigung dient als Nachweis (jedoch nicht als unwiderlegbarer Nachweis) dafür, dass die in dieser Bescheinigung angegebenen Anforderungen erfüllt wurden und die Bescheinigung muss diesen Wortlaut enthalten.

(4) Die Bescheinigung muss eine Erklärung ihrer Beweiskraft enthalten, in Begriffen, die im Wesentlichen dieselben sind wie in Absatz 3.

Anmerkung:

§ 17A wurde eingefügt durch § 11 der S.I. 2012/3119.

18. Unerlaubte Bauarbeiten

(1) Diese Vorschrift gilt, wenn es für eine örtliche Behörde den Anschein hat, dass unerlaubte Bauarbeiten am oder nach dem 11. November 1985 ausgeführt wurden.

(2) Wenn diese Vorschrift gilt, kann der Eigentümer (in dieser Vorschrift als „der Antragsteller“ bezeichnet) bei der örtlichen Behörde schriftlich eine Legalisierungsbescheinigung nach dieser Vorschrift beantragen und hat mit diesem Antrag Folgendes zu übersenden

- a) eine Erklärung, dass der Antrag nach dieser Vorschrift gestellt wird,
- b) eine Beschreibung der unerlaubten Arbeiten,
- c) soweit es vernünftigerweise möglich ist, einen Plan der unerlaubten Arbeiten und
- d) soweit es vernünftigerweise möglich ist, einen Plan, der alle zusätzlichen Arbeiten darstellt, deren Ausführung erforderlich ist, um sicherzustellen, dass die unerlaubten Arbeiten die Anforderungen bezüglich Bauarbeiten in der Bauverordnung erfüllen, die auf diese Arbeiten bei der Ausführung anzuwenden waren (in dieser Vorschrift als „die einschlägigen Anforderungen“ bezeichnet).

(3) Wenn eine örtliche Behörde einen Antrag nach dieser Vorschrift erhält, kann sie von dem Antragsteller verlangen alle angemessenen Schritte einschließlich der Offenlegung der unerlaubten Arbeiten für die Inspektion durch die örtliche Behörde, der Durchführung von Prüfungen und der Entnahme von Proben zu unternehmen, welche die Behörde für angemessen hält um festzustellen, welche Arbeiten gegebenenfalls erforderlich sind, um die einschlägigen Anforderungen zu erfüllen.

(4) Wenn der Antragsteller all die von der örtlichen Behörde geforderten Schritte wie in Absatz 3 beschrieben unternommen hat und jede Anweisung der §§ 8 und 9 des Gesetzes sowie Anlage 2 des Gesetzes in Bezug auf Befreiung von einer Anforderung oder Erleichterung von einer Anforderung der Bauverordnung beachtet hat, die für die unerlaubten Arbeiten gelten, hat die örtliche Behörde dem Antragsteller Folgendes mitzuteilen

- a) die Arbeiten, die ihrer Meinung nach erforderlich sind, um die einschlägigen Anforderungen zu erfüllen oder die Anforderungen, von denen befreit wurde oder die erleichtert wurden oder

- b) dass sie nicht entscheiden kann, welche Arbeiten erforderlich sind, um die einschlägigen Anforderungen zu erfüllen oder um die Anforderungen zu erfüllen, von denen befreit wurde oder die erleichtert wurden oder
- c) dass keine Arbeiten erforderlich sind, um die Erfüllung der einschlägigen Anforderungen sicherzustellen oder die Anforderungen, von denen befreit wurde oder die erleichtert wurden.

(5) Wenn die örtliche Behörde, nachdem sie für diesen Zweck alle angemessenen Schritte unternommen hat, sich vergewissert hat, dass

- a) die einschlägigen Anforderungen erfüllt wurden (unter Berücksichtigung aller ausgeführten Arbeiten und allen Befreiungen und allen Erleichterungen, die in Übereinstimmung mit §§ 8 und 9 des Gesetzes sowie Anlage 2 des Gesetzes gewährt wurden) oder
- b) keine Arbeiten erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die unerlaubten Arbeiten den einschlägigen Anforderungen genügen (unter Berücksichtigung einer solchen Befreiung oder Erleichterung),

kann sie eine Bescheinigung in diesem Sinne ausstellen (in dieser Vorschrift als „eine Legalisierungsbescheinigung“ bezeichnet).

(6) Ein Legalisierungsbescheinigung dient als Nachweis (jedoch nicht als unwiderlegbarer Nachweis) dafür, dass die in der Bescheinigung angegebenen einschlägigen Anforderungen erfüllt wurden.

(7) Wenn diese Vorschrift gilt, sind die §§ 12 und 14 nicht anzuwenden und weder die Bereitstellung von Bauvorlagen noch andere Maßnahmen in Übereinstimmung mit dieser Vorschrift sind im Sinne von § 16 des Gesetzes zu behandeln wie das Einreichen von Bauvorlagen in Übereinstimmung mit der Bauverordnung.

(8) In dieser Vorschrift sind „unerlaubte Bauarbeiten“ Bauarbeiten andere Arbeiten in Bezug auf die eine Mitteilung über den Baubeginn, eine Änderungsanzeige oder die Mitteilung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts wirksam ist, die gemacht wurden ohne

- a) bei der örtlichen Behörde eine Bauanzeige einzureichen,
- b) vollständige Bauvorlagen für die Arbeiten bei der örtlichen Behörde einzureichen oder
- c) eine Mitteilung über den Beginn der Arbeiten gemäß § 16 Absatz 1 einzureichen, wenn eine Bauanzeige oder vollständige Bauvorlagen eingereicht wurden.

TEIL 4

Kontrolle von Bauarbeiten außer durch örtliche Behörden

19. Überwachung von Bauarbeiten außer durch örtliche Behörden

(1) §§ 12 (Einreichen einer Bauanzeige oder Einreichen von Bauvorlagen), 16 (Mitteilung über Beginn und Fertigstellung bestimmter Bauphasen), 17 (Bescheinigungen der Fertigstellung), 17A (Bescheinigungen für Gebäude, die vor der Fertigstellung in Nutzung genommen werden), 20 (Geltende Bestimmungen für Selbstzertifizierungssysteme), 27 (Berechnungen von CO₂-

Emissionsraten), 37 (Berechnung des Verbrauchs von genusstauglichem Wasser), 41 (Prüfung der Schalldämmung), 42 (Luftvolumenstromprüfung maschineller Lüftungsanlagen), 43 (Luftdruckprüfung), 44 (Inbetriebnahme), 45 (Prüfung von Bauarbeiten) und 46 (Materialproben) gelten nicht für Arbeiten, die in einer Mitteilung über den Baubeginn, einer Änderungsanzeige oder einer Anzeige einer Körperschaft des öffentlichen Rechts angegeben sind, die in Kraft ist.

(2) §§ 45 und 46 gelten nicht für Arbeiten, für die eine Bescheinigung der Fertigstellung oder eine Bescheinigung der Fertigstellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts von der örtlichen Behörde akzeptiert wurde.

Anmerkung:

§ 19 Absatz 1 wurde geändert durch § 12 der S.I. 2012/3119 sowie durch § 2 Absatz 6 der S.I. 2016/285.

TEIL 5

Selbstzertifizierungssysteme und Zertifizierungssysteme Dritter

Anmerkung:

Die Überschrift von Teil 5 wurde geändert durch § 2 Absatz 4 der S.I. 2014/579.

20. Geltende Bestimmungen für Selbstzertifizierungssysteme

(1) Diese Vorschrift gilt nur für Bauarbeiten, die in Arbeiten der in Spalte 1 der Tabelle in Anlage 3 beschrieben Art bestehen und die Arbeiten von einer Person ausgeführt werden, die in dem entsprechenden Eintrag für diese Art von Arbeit in Spalte 2 der Tabelle beschrieben ist.

(2) Wenn diese Vorschrift gilt, sind die örtlichen Behörden autorisiert eine Bescheinigung in diesem Sinne von der ausführenden Person als Beweis dafür zu akzeptieren, dass die Anforderungen der §§ 4 und 7 erfüllt worden sind.

(3) Wenn diese Vorschrift gilt, hat die Person, welche die Arbeiten ausführt, nicht mehr als 30 Tage nach Fertigstellung der Arbeiten

- a) dem Nutzer eine Ausfertigung der in Absatz 2 genannten Bescheinigung zu übergeben und
- b) der örtlichen Behörde
 - (i) eine Mitteilung in diesem Sinne zu machen oder
 - (ii) die in Absatz 2 genannte Bescheinigung zu übergeben.

(3A) Eine örtliche Behörde hat Ausfertigungen der bei ihr nach Absatz 3 Buchstabe b eingereichten Mitteilungen und Bescheinigungen in einer wieder auffindbaren Form abzulegen.

(3B) Wenn die Arbeiten insgesamt oder teilweise durch Mittel aus einem *green deal plan* [Darlehen] bezahlt wurden, hat die Person, welche die Arbeiten ausführt

- a) in der in Absatz 2 genannten Bescheinigung und

- b) in der in Absatz 3 Buchstabe b Nummer i genannten Mitteilung, die der örtlichen Behörde übergeben wurde,

eine Erklärung in diesem Sinne beizufügen.

(3C) (aufgehoben)

(3D) In dieser Vorschrift hat „green deal plan“ die in § 1 des Energy Act 2011¹⁸ angegebene Bedeutung.

(4) Absatz 3 dieser Vorschrift gilt nicht wenn eine Person irgendwelche der in Anlage 4 beschriebenen Bauarbeiten ausführt.

(5) Eine nach dieser Vorschrift übergebene Bescheinigung dient als Nachweis (jedoch nicht als unwiderlegbarer Nachweis) dafür, dass die in dieser Bescheinigung angegebenen Anforderungen erfüllt wurden.

(6) Die Bescheinigung muss eine Erklärung ihrer Beweiskraft enthalten, in Begriffen, die im Wesentlichen dieselben sind wie in Absatz 5.

Anmerkungen:

§ 20 Absatz 3A, 3B, 3C, 3D, 5 und 6 wurde eingefügt durch § 13 der S.I. 2012/3119.

§ 20 Absatz 3C wurde aufgehoben und Absatz 5 geändert durch § 2 Absatz 5 der S.I. 2014/579.

20A. Geltende Bestimmungen für Zertifizierungssysteme Dritter

(1) Die Vorschrift gilt bis zu dem Ausmaß, dass die Bauarbeiten nur aus Arbeiten einer Art bestehen, die in Spalte 1 der Tabelle der Anlage 3A beschrieben ist und die Arbeiten von einem in Spalte 2 dieser Tabelle beschriebenen zertifizierende Dritte inspiziert werden, der von der Person, welche die Ausführung der Bauarbeiten beabsichtigt, vor Beginn dieser Arbeiten ernannt wurde.

(2) Wenn diese Vorschrift gilt, ist die örtliche Behörde berechtigt, die Bescheinigung eines dritten Zertifizierers als Nachweis dafür zu akzeptieren, dass die Anforderungen der §§ 4 und 7 erfüllt wurden.

(3) Wenn diese Vorschrift gilt, muss die Person, welche die Bauarbeiten ausführt, dem zertifizierende Dritte spätestens sieben Tage nach Fertigstellung der Arbeiten mitteilen, dass die Arbeiten fertiggestellt wurden.

(4) Wenn der zertifizierende Dritte nachdem er alle angemessenen Schritte unternommen hat, festgestellt hat, dass die Arbeiten innerhalb der Grenzen professioneller Fertigkeit und Sorgfalt die Anforderungen der §§ 4 und 7 erfüllen, hat der zertifizierende Dritte spätestens 30 Tage nach Erhalt der Mitteilung über die Fertigstellung der Arbeiten nach Absatz 3

- a) dem Nutzer eine Ausfertigung der in Absatz 2 genannten Bescheinigung zu übergeben und
- b) der örtlichen Behörde

¹⁸ 2011 c.16.

- (i) eine Mitteilung in diesem Sinne zu übergeben oder
- (ii) die in Absatz 2 genannte Bescheinigung zu übergeben.

(5) Wenn der zertifizierende Dritte nicht in der Lage ist zu bescheinigen, dass die Anforderungen der §§ 4 und 7 erfüllt wurden und daher nicht die in Absatz 2 genannte Bescheinigung ausstellen kann, hat der zertifizierende Dritte die örtliche Behörde in diesem Sinne zu benachrichtigen.

(6) Eine in Übereinstimmung mit dieser Vorschrift übergebene Bescheinigung dient als Nachweis (jedoch nicht als unwiderlegbarer Nachweis) dafür, dass die in dieser Bescheinigung angegebenen Anforderungen erfüllt wurden.

(7) Die Bescheinigung muss eine Erklärung ihrer Beweiskraft enthalten, in Begriffen, die im Wesentlichen dieselben sind wie in Absatz 6.

Anmerkung:

§ 20A wurde eingefügt durch § 2 Absatz 6 der S.I. 2014/579.

TEIL 6 Energieeffizienzanforderungen

21. Anwendung von Energieeffizienzanforderungen

(1) Die Energieeffizienzanforderungen gelten für

- a) die Errichtung von allen Gebäuden einer Art, die unter diese Absatz fällt,
- b) die Erweiterung von solchen Gebäuden außer Erweiterungen, für die Absatz 4 gilt und
- c) die Ausführung aller Arbeiten an solchen Gebäuden oder in Verbindung mit solchen Gebäuden oder Erweiterungen.

(2) Ein Gebäude fällt unter Absatz 1 wenn es

- a) eine überdachte Konstruktion ist, die Wände hat
- b) Energie zur Regelung des Innenraumklimas verbraucht und
- c) nicht unter eine oder mehrere der in Absatz 3 aufgeführten Kategorien fällt.

(3) Die in Absatz 2 Buchstabe c genannten Kategorien sind

- a) Gebäude, die
 - (i) die nach § 1 des Planning (Listed Buildings and Conservation Areas) Act 1990¹⁹ gelistet sind,

¹⁹ 1990 c.9.

- (ii) in einem nach § 69 von jenem Gesetz bestimmten Schutzgebiet liegen oder
- (iii) in der Anlage erhaltener Denkmäler nach § 1 des Ancient Monuments and Archaeological Areas Act 1979²⁰ enthalten sind,

bei denen die Einhaltung der Energieeffizienzanforderungen ihren Charakter oder ihr Erscheinungsbild inakzeptabel verändern würde,

- b) Gebäude, die hauptsächlich oder allein als Orte für Gottesdienste genutzt werden,
- c) temporäre Gebäude mit einer geplanten Nutzungsdauer von zwei Jahren oder weniger, Industrieanlagen, Werkstätten und landwirtschaftliche Nutzgebäude mit niedrigem Energiebedarf,
- d) frei stehende Gebäude außer Wohnungen mit einer Gesamtnutzfläche von weniger als 50m².

(4) Dieser Absatz gilt für jede Erweiterung eines Gebäudes, das unter Klasse 7 der Anlage 2 fällt außer einem Wintergarten oder einer Veranda

- a) wenn irgendeine Wand, Tür oder Fenster, die bzw. das den Wintergarten oder die Veranda von dem Gebäude trennt, entfernt wird und nicht durch eine Wand, eine Tür oder ein Fenster ersetzt wird oder
- b) in den bzw. die hinein die Heizungsanlage des Gebäudes erweitert wurde.

(5) In dieser Vorschrift haben die folgenden Begriffe dieselbe Bedeutung wie in der Richtlinie 2010/31/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Neufassung)²¹:

- (i) „Industrieanlagen“,
- (ii) „niedriger Energiebedarf“,
- (iii) „landwirtschaftliche Nutzgebäude“,
- (iv) „Orte für Gottesdienste“,
- (v) „frei stehend“,
- (vi) „Gesamtnutzfläche“,
- (vii) „Werkstätten“.

Anmerkung:

§ 21 Absatz 5 wurde geändert durch § 14 der S.I. 2012/3119.

²⁰ 1979 c.46; § 1 wurde geändert durch Anlage 4 des National Heritage Act 1983 (c.47).

²¹ ABl. Nr. L 153 vom 18.6.2010, S. 13-35.

22. Anforderungen in Bezug auf eine Änderung des Energiestatus

Bei Änderung des Energiestatus eines Gebäudes, sind solche Arbeiten gegebenenfalls so auszuführen wie es notwendig ist um sicherzustellen, dass das Gebäude die anzuwendenden Anforderungen des Teil L der Anlage 1 erfüllt.

23. Anforderungen an die Erneuerung oder den Austausch von thermischen Bauteilen

(1) Wenn die Erneuerung eines einzelnen thermischen Bauteils

- a) eine größere Erneuerung begründet oder
- b) sich auf die Erneuerung von mehr als 50% der Oberfläche des Bauteils beläuft,

muss die Erneuerung so ausgeführt werden, dass sichergestellt ist, dass das gesamte Bauteil Anforderung L1 Buchstabe a Nummer i der Anlage 1 erfüllt, soweit dies technisch, funktional und wirtschaftlich machbar ist.

(2) Wenn das gesamte oder ein Teil eines einzelnen thermischen Bauteils ausgetauscht werden soll und der Austausch

- a) eine größere Erneuerung begründet oder
- b) (im Fall eines teilweisen Austausches) sich auf den Austausch von mehr als 50% der Oberfläche des thermischen Bauteils beläuft,

muss das gesamte thermische Bauteil ausgetauscht werden, sodass sichergestellt ist, dass das gesamte Bauteil Anforderung L1 Buchstabe a Nummer i der Anlage 1 erfüllt, soweit dies technisch, funktional und wirtschaftlich machbar ist.

Anmerkung:

§ 23 wurde geändert durch § 15 der S.I. 2012/3119.

24. Berechnungsmethode und Ausdruck der Gesamtenergieeffizienz

(1) Der Minister hat Folgendes zu genehmigen

- a) eine Methode zur Berechnung der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden, einschließlich Methoden zur Berechnung der Objektbewertung und operationellen Bewertungen von Gebäuden und
- b) auf welche Arten die in Übereinstimmung mit der Methode berechnete Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden auszudrücken ist.

(2) In dieser Vorschrift ist

„Objektbewertung“ ein Indikator für die Gesamtenergieeffizienz bestimmt durch die geschätzte Energiemenge, die erforderlich ist, um die verschiedenen Bedürfnisse in Zusammenhang mit einer standardisierten Nutzung eines Gebäudes zu erfüllen und

„operationelle Bewertung“ ein Indikator für die Gesamtenergieeffizienz bestimmt durch die Energiemenge, die während der Nutzung eines Gebäudes über einen bestimmten Zeitraum verbraucht wird und der mit einer typischen Nutzung des Gebäudes über diesen Zeitraum zusammenhängende Energiebedarf.

Anmerkung:

§ 24 Absatz 2 wurde geändert durch § 2 Absatz 7 der S.I. 2016/285.

25. Mindestanforderungen an die Gesamtenergieeffizienz von neuen Gebäude

Mindestanforderungen an die Gesamtenergieeffizienz, die in Übereinstimmung mit der nach § 24 genehmigten Methode berechnet und ausgedrückt sind, müssen vom Minister genehmigt werden für:

- a) Neubauten (einschließlich neuer Wohnungen) in Form von CO₂-Zielemissionsraten und
- b) neue Wohnungen in Form von Zielenergieeffizienzzraten für die Gebäudehülle.

Anmerkungen:

§ 25 wurde geändert durch § 16 der S.I. 2012/3119.

§ 25 wurde geändert durch § 4 der S.I. 2013/1959.

§ 25 wurde geändert durch § 2 Absatz 8 der S.I. 2016/285.

25A. Berücksichtigung von hocheffizienten alternativen Anlagen für Neubauten

(1) Bevor der Bau eines Neubaus beginnt, muss die Person, welche die Arbeiten ausführt, die technische, ökologische und ökonomische Machbarkeit der Nutzung hocheffizienter alternativer Anlagen (solche wie die folgenden Anlagen), wenn verfügbar, beim Bau analysieren und berücksichtigen:

- a) dezentralisierte Energieversorgungsanlagen basierend auf Energie aus erneuerbaren Quellen,
- b) Kraft-Wärme-Kopplung,
- c) Fernwärme oder Blockheizkraftwerk, insbesondere wenn sie vollständig oder teilweise auf Energien aus erneuerbaren Quellen basiert und
- d) Wärmepumpen.

(2) Die Person, welche die Arbeiten ausführt, muss

- a) der örtlichen Behörde spätestens am Beginn des Tages vor dem Tag an dem die Bauarbeiten beginnen, eine Mitteilung übergeben, in der erklärt wird, dass die in Absatz 1 genannte Analyse
 - (i) vorgenommen wurde,

(ii) dokumentiert wurde und

(iii) die Dokumentation der örtlichen Behörde zum Nachweis vorliegt und

- b) sicherstellen, dass eine Ausfertigung der Analyse zur Einsichtnahme auf Verlangen eines Beamten der örtlichen Behörde zu jedem angemessenen Zeitpunkt verfügbar ist.

(3) Eine autorisierter Beamter der örtlichen Behörde kann die Anfertigung der Dokumentation verlangen, um nachzuweisen, dass diese Vorschrift eingehalten wurde.

(4) Die in Absatz 1 genannte Analyse

- a) kann für ein individuelles Gebäude oder für eine Gruppe von ähnlichen Gebäuden oder für gleichartige Gebäude in der selben Gegend und
- b) sofern sie sich auf Sammelheizungs- und Kühlungsanlagen bezieht, kann sie für alle Gebäude in der selben Gegend angefertigt werden, die an die Anlage angeschlossen sind.

(5) In dieser Vorschrift

- a) bedeutet „Kraft-Wärme-Kopplung“ die gleichzeitige Erzeugung von Wärmeenergie und einer oder beiden folgenden Energieformen in einem Prozess

(i) elektrische Energie;

(ii) mechanische Energie;

- b) bedeutet „Fernwärme- oder Blockheizkraftwerk“ die Verteilung von Wärmeenergie in Form von Dampf, heißem Wasser oder Kältemittel aus einer zentralen Produktionsquelle über ein Netzwerk von mehreren Gebäuden oder Grundstücken zur Nutzung von Raumheizung oder -kühlung oder Prozesswärme oder -kühlung;
- c) bedeutet „Energie aus erneuerbaren Quellen“ Energie aus erneuerbaren nichtfossilen Quellen, nämlich Wind, Sonnenenergie, Luftwärme, Erdwärme, hydrothermale und Meeresenergie, Wasserkraft, Biomasse, Deponiegas, Klärgas und Biogase und
- d) bedeutet „Wärmepumpe“ eine Maschine, ein Gerät oder eine Installation, die Wärme aus solchen natürlichen Umgebungen wie Luft, Wasser oder Boden zu Gebäuden oder Industrieanlagen durch Umkehrung des natürlichen Wärmeflusses transferiert, sodass sie von einer niedrigeren zu einer höheren Temperatur fließt (Bei reversiblen Wärmepumpen kann Wärme auch von einem Gebäude in natürliche Umgebungen bewegt werden).

25B. Niedrigstenergieanforderungen für Neubauten

Wenn ein Gebäude errichtet wird, muss es ein Niedrigstenergiegebäude sein.

Anmerkungen:

§§ 25A und 25B wurden eingefügt durch § 17 der S.I. 2012/3119.

26. CO₂-Emissionsraten für Neubauten

Wenn ein Gebäude errichtet wird, hat es die nach § 25 genehmigten CO₂-Zielemissionsraten für Neubauten nicht zu überschreiten, die das nach § 24 genehmigte Berechnungsverfahren und die Ausdrucksweise der Gesamtenergieeffizienz anwenden.

Anmerkung:

§ 26 wurde geändert durch § 2 Absatz 9 der S.I. 2016/285.

26A. Energieeffizienzzraten für die Gebäudehülle neuer Wohnungen

Energieeffizienzzraten für die Gebäudehülle

Wenn eine Wohnung errichtet wird, hat sie die Zielenergieeffizienzzrate für die Gebäudehülle der neuen Wohnung nicht zu überschreiten, die nach § 25 genehmigt wurde und die das nach § 24 genehmigte Berechnungsverfahren und die Ausdrucksweise der Gesamtenergieeffizienz anwendet.

Anmerkungen:

§ 26A wurde eingefügt durch § 5 der S.I. 2013/1959.

§ 26A wurde geändert durch § 2 Absatz 10 der S.I. 2016/285.

27. Berechnungen von CO₂-Emissionsraten

(1) Diese Vorschrift gilt, wenn ein Gebäude errichtet wird und § 26 gilt.

(2) Spätestens am Tag bevor die Arbeiten beginnen, hat die Person, welche die Arbeiten ausführt, der örtlichen Behörde eine Mitteilung zu machen, in der angegeben wird

- a) die CO₂-Zielemissionsrate für das Gebäude, die in Übereinstimmung mit der nach § 24 genehmigten Methode berechnet und ausgedrückt sind,
- b) die CO₂-Emissionsrate für das Gebäude so wie es geplant ist, berechnet und ausgedrückt in Übereinstimmung mit der nach § 24 genehmigten Methode, und
- c) eine Liste der Angaben nach denen das Gebäude gebaut werden soll.

(3) Spätestens fünf Tage nach Fertigstellung der Arbeiten hat die Person, welche die Arbeiten ausführt, der örtlichen Behörde Folgendes zu übergeben

- a) eine Mitteilung, die angibt
 - (i) die CO₂-Zielemissionsrate für das Gebäude, die in Übereinstimmung mit der nach § 24 genehmigten Methode berechnet und ausgedrückt sind,
 - (ii) die CO₂-Emissionsrate für das Gebäude so wie es gebaut wurde, berechnet und ausgedrückt in Übereinstimmung mit der nach § 24 genehmigten Methode, und

- (iii) ob das Gebäude gemäß der in Absatz 2 Buchstabe c genannten Liste gebaut wurde und wenn nicht, eine Liste der Änderungen gegenüber diesen Angaben oder
 - b) eine Bescheinigung der in Absatz 4 genannten Art, der die unter Buchstabe a genannten Informationen beigefügt sind.
- (4) Eine örtliche Behörde ist berechtigt eine Bescheinigung in diesem Sinne eines Energie-Assessors, der für die Ausstellung von Ausweisen über die Gesamtenergieeffizienz für diese Gebäudekategorie akkreditiert ist, als Nachweis dafür zu akzeptieren, dass die Anforderungen des § 26 erfüllt wurden.
- (5) In dieser Vorschrift sind „Angaben“ die Angaben, die für die Berechnung der CO₂-Emissionsraten genutzt wurden.

Anmerkungen:

§ 27 Absatz 2 Buchstabe a und b, Absatz 3 Buchstabe a Nummer i und ii und Absatz 4 wurde geändert durch § 2 Absatz 11 der S.I. 2016/285.

27A. Berechnungen von Energieeffizienzzraten für die Gebäudehülle

- (1) Diese Vorschrift gilt, wenn eine Wohnung errichtet wird und § 26 gilt.
- (2) Spätestens an dem Tag vor dem Beginn der Arbeiten hat die Person, welche die Arbeiten ausführt, der örtlichen Behörde eine Mitteilung zu übergeben, die angibt:
- a) die Zielenergieeffizienzzraten für die Gebäudehülle für die Wohnung, die in Übereinstimmung mit der nach § 24 genehmigten Methode berechnet und ausgedrückt sind;
 - b) die Energieeffizienzzrate für die Gebäudehülle für die Wohnung, so wie sie geplant ist, und die in Übereinstimmung mit der nach § 24 genehmigten Methode berechnet und ausgedrückt ist;
 - c) eine Liste mit Angaben darüber, wie die Wohnung gebaut werden soll.
- (3) Spätestens fünf Tage nach Fertigstellung der Arbeiten, hat die Person, welche die Arbeiten ausführt, der örtlichen Behörde Folgendes zu übergeben:
- a) eine Mitteilung, die angibt:
 - (i) die Zielenergieeffizienzzrate für die Gebäudehülle für die Wohnung, die in Übereinstimmung mit der nach § 24 genehmigten Methode berechnet und ausgedrückt ist;
 - (ii) die Zielenergieeffizienzzrate für die Gebäudehülle für die Wohnung, so wie sie gebaut wurde, und die in Übereinstimmung mit der nach § 24 genehmigten Methode berechnet und ausgedrückt ist, und
 - (iii) ob die Wohnung in Übereinstimmung mit der in Absatz 2 Buchstabe c genannten Angabenliste gebaut wurde und wenn nicht, eine Liste aller Änderungen dieser Angaben; oder

- b) eine Bescheinigung der in Absatz 4 genannt Art, der die unter Buchstabe a genannten Informationen beigefügt sind

(4) Eine örtliche Behörde ist berechtigt eine Bescheinigung eines Energie Assessors, der für die Erstellung von Ausweisen über die Gesamtenergieeffizienz für diese Gebäudekategorie akkreditiert ist, als Nachweis dafür zu akzeptieren, dass die Anforderungen des § 26A erfüllt wurden.

(5) In dieser Vorschrift bedeutet „Angaben“ Angaben, die zur Berechnung der Energieeffizienzrate für die Gebäudehülle verwendet wurden.

Anmerkungen:

§ 27A wurde eingefügt durch § 6 der S.I. 2013/1959.

§ 27A Absatz 2 Buchstabe a und b, Absatz 3 Buchstabe a Nummer i und ii und Absatz 4 wurde geändert durch § 2 Absatz 12 der S.I. 2016/285.

28. Folgeverbesserungen der Gesamtenergieeffizienz

(1) Absatz 2 gilt für bestehende Gebäude, mit einer Gesamtnutzfläche von mehr als 1.000 m² und wenn die beabsichtigen Bauarbeiten aus Folgendem bestehen oder Folgendes einschließen:

- a) eine Erweiterung,
- b) die Erstinstallation von ortsfesten gebäudetechnischen Anlagen oder
- c) eine Kapazitätserhöhung jeder ortsfesten gebäudetechnischen Anlage.

(2) Wenn dieser Absatz vorbehaltlich Absatz 3 gilt, sind solche Arbeiten gegebenenfalls so auszuführen wie es notwendig ist um sicherzustellen, dass das Gebäude die Anforderungen der Teil L der Anlage 1 erfüllt.

(3) Absatz 2 fordert nicht die Ausführung von Arbeiten wenn es technisch, funktional und ökonomisch nicht machbar ist.

29. (aufgehoben)

Anmerkung:

§ 29 wurde aufgehoben durch § 2 Absatz 13 der S.I. 2016/285.

29A. (aufgehoben)

30. (aufgehoben)

31. (aufgehoben)

32. (aufgehoben)

33. (aufgehoben)

Anmerkung:

Die §§ 29A bis 33 wurden aufgehoben durch § 2 Absatz 14 der S.I. 2016/285.

34. Anwendung der Bauverordnung auf Gebäude für Bildungszwecke, Gebäude gesetzlicher Unternehmer und Gebäuden der Krone

(1) § 11 Absatz 3, § 21, § 23 Absatz 1 Buchstabe a, §§ 25A, 25B, 26 und § 35 Absatz 1 gelten (soweit aufgrund des § 21 anzuwenden) für

- a) Gebäude für Bildungszwecke und Gebäude gesetzlicher Unternehmer (ungeachtet § 4 Absatz 1 des Gesetzes);
- b) Gebäude der Krone und
- c) Bauarbeiten, die von Behörden der Krone ausgeführt werden oder ausgeführt werden sollen.

(2) In dieser Verordnung bedeutet „Gebäude für Bildungszwecke und Gebäude gesetzlicher Unternehmer“ Gebäude, die unter § 4 Absatz 1 Buchstabe a, b oder c des Gesetzes fallen.

Anmerkungen:

§ 34 wurde geändert durch § 22 der S.I. 2012/3119.
§ 34 wurde geändert durch § 7 der S.I. 2013/181.
§ 34 Absatz 1 wurde geändert durch § 3 Absatz 3 der S.I. 2013/1105.
§ 35 wurde geändert durch § 7 der S.I. 2013/1959.
§ 34 Absatz 1 wurde geändert durch § 2 Absatz 15 der S.I. 2016/285.

35. Auslegung von Teil 6

(1) In diesem Teil

bedeutet „Gebäude“ das Gebäude als Ganzes oder Teile davon, die für eine gesonderte Nutzung konzipiert oder geändert wurden,

bedeutet „Gebäudehülle“ in Bezug auf ein Gebäude die Wände, Boden, Dach, Fenster, Türen, Dachfenster und Oberlichter.

bedeutet „Behörden der Krone“ die Crown Estate Commissioners, ein Minister der Krone, ein Ministerium, jede andere Person oder Körperschaft, deren Aufgaben im Auftrag der Krone ausgeübt werden (keine Person, deren Aufgaben im Auftrag Ihrer Majestät in ihrer privater Eigenschaft ausgeübt werden) oder eine Person, die im Recht des Herzogtums Lancaster oder des Herzogtums Cornwall handelt;

bedeutet „Interesse der Krone“ ein Interesse Ihrer Majestät im Recht der Krone oder eines Ministeriums oder Ihrer Majestät treuhänderisch für die Zwecke eines Ministeriums;

bedeutet „Gebäude der Krone“ ein Gebäude, an dem ein Interesse der Krone oder ein Interesse eines Herzogtums besteht;

bedeutet „Interesse eines Herzogtums“ ein Interesse Ihrer Majestät im Recht des Herzogtums Lancaster oder des Herzogtums Cornwall;

bedeutet „Energie Assessor“ ein Individuum, das Mitglied eines vom Minister nach § 22 (Akkreditierungssysteme) der Energy Performance of Buildings (England and Wales) Regulations 2012 zugelassenen Akkreditierungssystems ist;

bedeutet „Ausweis über die Gesamtenergieeffizienz“ ein Ausweis bzw. eine Bescheinigung, die mit den Anforderungen des § 9 (Ausweise über die Gesamtenergieeffizienz) oder 9A (Ausweise über die Gesamtenergieeffizienz im Hinblick auf ausgeschlossene Gebäude) der Energy Performance of Buildings (England and Wales) Regulations 2012;

bedeutet „Gesamtenergieeffizienz eines Gebäudes“ die berechnete oder gemessene Energiemenge, die benötigt wird, um den mit der typischen Gebäudenutzung zusammenhängenden Energiebedarf zu decken, der u. a. die für die Beheizung, Kühlung, Lüftung, Warmwasserbereitung und Beleuchtung genutzte Energie einschließt;

bedeutet „Energieeffizienz der Gebäudehülle“ die Anforderungen an die Raumheizung und –kühlung pro m² Grundfläche einer neuen Wohnung;

bedeutet „größere Erneuerung“ die Erneuerung eines Gebäudes, wenn ein Anteil von mehr als 25% der Oberfläche der Gebäudehülle erneuert wird;

bedeutet „Niedrigstenergiegebäude“ ein Gebäude, das eine sehr hohe Gesamtenergieeffizienz hat, die in Übereinstimmung mit der nach § 24 genehmigten Methode bestimmt wurde, bei dem die nahezu null betragende oder sehr geringe erforderliche Energiemenge zu einem sehr signifikanten Ausmaß durch Energie aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden sollte, einschließlich vor Ort oder in der Nähe erzeugter Energie aus erneuerbaren Quellen;

umfasst „neue Wohnung“ keine Wohnung, die durch eine wesentliche Nutzungsänderung eines Gebäudes geschaffen wird.

(2) (aufgehoben)

Anmerkungen:

§ 35 Absatz 1 wurde geändert durch § 23 der S.I. 2012/3119, § 8 der S.I. 2013/1959, § 2 Absatz 7 der S.I. 2015/767 sowie durch § 2 Absatz 16 Buchstabe a der S.I. 2016/285.

§ 35 Absatz 2 wurde aufgehoben durch § 2 Absatz 16 Buchstabe b der S.I. 2016/285

TEIL 7 Wassereffizienz

36. Wassereffizienz von neuen Wohnungen

(1) Der potentielle Verbrauch von genusstauglichem Wasser von Personen, die eine neue Wohnung nutzen, darf die Anforderung des Absatz 2 nicht überschreiten.

(2) Die in Absatz 1 genannte Anforderung ist entweder

- a) 125 Liter pro Person und Tag, oder
- b) in einem Fall, für den Absatz 3 gilt, die optionale Anforderung von 110 Liter pro Person und Tag,

in beiden Fällen gemessen nach einer Methodik, die vom Minister genehmigt wurde.

(3) Dieser Absatz gilt, wenn die Planungsgenehmigung nach der die Bauarbeiten ausgeführt werden

- a) die optionale Anforderung des Absatz 2 Buchstabe b angibt, oder
- b) es zur Bedingung macht, dass diese Anforderung erfüllt wird.

(4) In diesem Teil umfasst „neue Wohnung“ keine Wohnung, die durch eine wesentliche Nutzungsänderung eines Gebäudes im Sinne von § 5 Buchstabe g geschaffen wird.

Anmerkung:

§ 36 wurde geändert durch § 2 Absatz 8 der S.I. 2015/767.

37. Berechnung des Verbrauchs von genusstauglichem Wasser

(1) Wenn § 36 gilt, muss die Person, welche die Arbeiten ausführt, der örtlichen Behörde eine Mitteilung übergeben, in der

- a) angegeben wird, welche der Anforderungen des § 36 Absatz 2 Buchstabe a oder b für die Wohnung gilt und
- b) der potentielle Verbrauch von genusstauglichem Wasser pro Person und Tag in Bezug auf das fertiggestellte Gebäude angegeben wird.

(2) Die Mitteilung ist der örtlichen Behörde spätestens fünf Tage nach Fertigstellung der Arbeiten zu übergeben.

Anmerkung:

§ 37 Absatz 1 wurde geändert durch § 2 Absatz 9 der S.I. 2015/767.

TEIL 8

Informationen, die von der Person, welche die Arbeiten ausführt, zur Verfügung zu stellen sind

38. Brandschutzinformationen

(1) Diese Vorschrift gilt für Bauarbeiten, die

- a) in der Errichtung oder Erweiterung eines relevanten Gebäudes bestehen oder beinhalten oder
- b) in Zusammenhang mit einer relevanten Nutzungsänderung eines Gebäudes ausgeführt werden,

und Teil B der Anlage 1 in Bezug auf diese Arbeiten eine Anforderung stellt.

(2) Die Person, welche die Arbeiten ausführt, hat die Brandschutzinformationen der verantwortlichen Person spätestens am Tag der Fertigstellung der Arbeiten zu geben oder am Tag der Innutzungsnahme des Gebäudes oder der Erweiterung, je nachdem was früher eintritt.

(3) In dieser Vorschrift

- a) sind „Brandschutzinformationen“ Informationen in Bezug auf die Planung und Konstruktion des Gebäudes oder der Erweiterung und in Bezug auf die in dem Gebäude oder in Verbindung mit dem Gebäude bereitgestellten Versorgungseinrichtungen, Vorrichtungen und Ausrüstung, welche die verantwortliche Person dabei unterstützen, das Gebäude oder die Erweiterung mit angemessener Sicherheit zu betreiben und zu unterhalten,
- b) ist ein „relevantes Gebäude“ ein Gebäude, für das die Regulatory Reform (Fire Safety) Order 2005 gilt oder nach der Fertigstellung der Arbeiten gelten wird,
- c) ist eine „relevante Nutzungsänderung“ eine wesentliche Nutzungsänderung, auf welche nach Vollzug der Nutzungsänderung die Regulatory Reform (Fire Safety) Order 2005 gelten wird oder weiterhin für das Gebäude gelten wird und
- d) hat eine „verantwortliche Person“ die in § 3 der Regulatory Reform (Fire Safety) Order 2005 angegebene Bedeutung.

39. Informationen über Lüftung

(1) Diese Vorschrift ist anzuwenden, wenn Anforderung F1 Absatz 1 von Anlage 1 in Bezug auf Bauarbeiten eine Anforderung stellt.

(2) Die Person, welche die Arbeiten ausführt, muss dem Eigentümer spätestens fünf Tage nach Fertigstellung der Arbeiten ausreichende Informationen über die Lüftungsanlage des Gebäudes und ihre Wartungsanforderungen geben, sodass die Lüftungsanlage in einer solchen Weise betrieben werden kann, dass eine angemessene Lüftung gewährleistet wird.

40. Informationen über die Nutzung von Brennstoff und Energie

(1) Die Vorschrift gilt, wenn Anforderung L1 der Anlage 1 in Bezug auf Bauarbeiten eine Anforderung stellt.

(2) Die Person, welche die Arbeiten ausführt, hat dem Eigentümer spätestens fünf Tage nach Fertigstellung der Arbeiten ausreichende Informationen über das Gebäude, die ortsfest eingebauten gebäudetechnischen Anlagen und ihre Wartungsanforderungen zu geben, sodass das

Gebäude in einer solchen Weise betrieben werden kann, dass nicht mehr Brennstoff und Energie verbraucht werden, als unter den gegebenen Umständen verhältnismäßig ist.

TEIL 9

Prüfung und Inbetriebnahme

41. Prüfung der Schalldämmung

(1) Vorbehaltlich Absatz 4 unten, gilt diese Vorschrift für

- a) Bauarbeiten, an die Anforderung E1 der Anlage 1 eine Anforderung stellt und
- b) Arbeiten, die an einem Gebäude auszuführen sind, um sicherzustellen, dass es Anforderung E1 der Anlage 1 aufgrund § 6 Absatz 1 Buchstabe f oder § 6 Absatz 2 Buchstabe b erfüllt.

(2) Wenn diese Vorschrift gilt, hat die Person, die diese Arbeiten ausführt, zur Sicherstellung der Erfüllung der Anforderung E1 der Anlage 1

- a) sicherzustellen, dass eine angemessene Prüfung der Schalldämmung nach einem vom Minister zugelassenen Verfahren durchgeführt wird und
- b) der örtlichen Behörde eine Ausfertigung der Ergebnisse der in Absatz a genannten Prüfung übergeben.

(3) Die Ergebnisse der in Absatz 2 Buchstabe a genannten Prüfung sind

- a) in einer vom Minister zugelassenen Weise aufzuzeichnen und
- b) der örtlichen Behörde gemäß Absatz 2 Buchstabe b spätestens an dem Tag zu übergeben, an dem die in § 16 Absatz 4 geforderte Mitteilung [über die Fertigstellung] übergeben wird.

(4) Wenn Bauarbeiten in der Errichtung eines Wohnhauses oder eines Gebäudes bestehen, das Geschosswohnungen enthält, gilt diese Vorschrift nicht für Teile des Gebäudes, in Bezug auf die die Person, welche die Arbeiten ausführt, der örtlichen Behörde spätestens am Tag der Übergabe der Mitteilung [über den Baubeginn] nach § 16 Absatz 1 mitteilt, dass sie zur Erzielung der Übereinstimmung der Arbeiten mit Anforderung E1 der Anlage 1 ein oder mehrere von Robust Details Limited²² zugelassene Details nutzt, vorausgesetzt, dass

- a) die Mitteilung
 - (i) den Teil oder die Teile des Gebäudes angibt, in Bezug auf welche die Person die Entwurfsdetails nutzt,
 - (ii) das betreffende Entwurfsdetail angibt und
 - (iii) die einzigartige, von Robust Details Limited ausgestellte Nummer in Bezug auf die angegebenen Nutzung dieses Entwurfsdetails angibt und

²² Ein nach den Companies Acts gebildetes und registriertes Unternehmen unter der Registriernummer 04980223.

- b) die in Bezug auf den oder die in der Mitteilung identifizierten Teile des Gebäudes ausgeführten Bauarbeiten mit dem in der Mitteilung angegebenen Entwurfsdetail übereinstimmen.

42. Luftvolumenstromprüfung maschineller Lüftungsanlagen

(1) Diese Vorschrift gilt, wenn Anforderung F1 Absatz 1 der Anlage 1 eine Anforderung in Bezug auf die Kreation einer neuen Wohnung durch Bauarbeiten stellt.

(2) Die Person, welche die Bauarbeiten ausführt, hat zur Sicherstellung der Erfüllung der Anforderung F1 Absatz 1 der Anlage 1

- a) sicherzustellen, dass die Prüfung der maschineller Luftvolumenstromprüfung in Übereinstimmung mit einem vom Minister genehmigten Verfahren ausgeführt wird und
- b) der örtlichen Behörde die Ergebnisse der Prüfung mitzuteilen.

(3) Die in Absatz 2 Buchstabe b genannte Mitteilung muss

- a) die Ergebnisse und die Daten, auf denen sie basieren, in einer vom Minister genehmigten Weise aufzeichnen und
- b) der örtlichen Behörde spätestens fünf Tage nach Ausführung der letzten Prüfung übergeben werden.

43. Luftdruckprüfung

(1) Diese Vorschrift gilt für die Errichtung eines Gebäudes, an das Anforderung L1 Absatz a Nummer i der Anlage 1 eine Anforderung stellt.

(2) Wenn diese Vorschrift anzuwenden ist, muss die Person, welche die Arbeiten ausführt, zur Sicherstellung der Übereinstimmung mit § 26 und § 26A sowie Anforderung L1 Absatz a Nummer i der Anlage 1

- a) sicherstellen, dass
 - (i) die Luftdruckprüfung unter solchen Umständen ausgeführt wird, wie sie vom Minister genehmigt wurden und
 - (ii) die Luftdruckprüfung in Übereinstimmung mit einem vom Minister genehmigten Verfahren ausgeführt wird und
- b) der örtlichen Behörde vorbehaltlich Absatz 5 die Ergebnisse der Prüfung mitgeteilt werden.

(3) Die in Absatz 2 Buchstabe b genannte Mitteilung muss

- a) die Ergebnisse und die Daten, auf denen sie basieren, in einer vom Minister genehmigten Weise aufzeichnen und

- b) der örtlichen Behörde spätestens sieben Tage nach Ausführung der letzten Prüfung übergeben werden.

(4) Eine örtliche Behörde ist autorisiert zum Nachweis, dass den Anforderungen von Absatz 2 Buchstabe a Nummer ii genügt wurde, eine Bescheinigung in diesem Sinne von einer Person zu akzeptieren, die von der Independent Air Tightness Testing Scheme Limited²³ oder von der Air Tightness Testing and Measurement Association²⁴ im Hinblick auf Druckprüfungen der Luftdichtheit von Gebäuden registriert ist.

(5) Wenn eine solche Bescheinigung die nach Absatz 3 Buchstabe a geforderten Informationen enthält, ist Absatz 2 Buchstabe b nicht anzuwenden.

Anmerkungen:

§ 43 Absatz 2 wurde geändert durch § 7 der S.I. 2014/579.

§ 43 Absatz 4 wurde geändert durch § 24 der S.I. 2012/3119 und durch § 2 Absatz 10 der S.I.2015/767.

44. Inbetriebnahme

(1) Diese Vorschrift gilt für Bauarbeiten, an die Anforderung F1 Absatz 2 der Anlage 1 eine Anforderung stellt, jedoch nicht für die Bereitstellung oder Erweiterung ortsfester maschineller Lüftungsanlagen oder damit zusammenhängender Steuerungen, an denen Prüfungen oder Einstellungen nicht möglich sind.

(2) Diese Vorschrift gilt auch für Bauarbeiten, an die Anforderung L1 Absatz b der Anlage 1 eine Anforderung stellt, jedoch nicht für die Bereitstellung oder Erweiterung ortsfester gebäudetechnischer Anlagen, an denen Prüfungen oder Einstellungen nicht möglich sind oder sich nicht auf die Energieeffizienz dieser ortsfesten gebäudetechnischen Anlage auswirken würden.

(3) Wenn diese Vorschrift anzuwenden ist, hat die Person, welche die Arbeiten ausführt, zur Sicherstellung der Erfüllung der Anforderung F1 Absatz 2 oder L1 Buchstabe b der Anlage 1 der örtlichen Behörde eine Mitteilung zu übergeben, die bestätigt, dass die ortsfesten gebäudetechnischen Anlagen in Übereinstimmung mit einem vom Minister genehmigten Verfahren in Betrieb genommen wurden.

(4) Die Mitteilung ist der örtlichen Behörde zu übergeben

- a) spätestens an dem Tag, an dem die von § 16 Absatz 4 geforderte Mitteilung übergeben werden muss oder
- b) wenn die Vorschrift nicht anzuwenden ist, spätestens 30 Tage nach Fertigstellung der Arbeiten.

TEIL 9A

Physische Infrastruktur für Hochgeschwindigkeitsnetze für die elektronische Kommunikation

²³ Ein nach den Companies Acts gebildetes und registriertes Unternehmen unter der Registriernummer 09309058.

²⁴ Ein nach dem Companies Act gebildetes und registriertes Unternehmen (definiert in § 2 des Companies Act 2006 (c.46)) mit der Registriernummer 7885199.

44A. Anwendung der Anforderung R1 der Anlage 1 auf Gebäude für Bildungszwecke, Gebäude gesetzlicher Unternehmer und Gebäude der Krone

(1) Die Anforderung R1 (gebäudeinterne physische Infrastruktur für Hochgeschwindigkeitsnetze für die elektronische Kommunikation) der Anlage 1 gilt (soweit anwendbar auf andere Gebäude) auch für

- a) Gebäude für Bildungszwecke und Gebäude gesetzlicher Unternehmer (ungeachtet § 4 Absatz 1 des Gesetzes),
- b) Gebäude der Krone und
- c) Bauarbeiten, die von Behörden der Krone ausgeführt werden oder ausgeführt werden sollen.

(2) In dieser Verordnung bedeutet „Gebäude für Bildungszwecke und Gebäude gesetzlicher Unternehmer“ Gebäude, die unter § 4 Absatz 1 Buchstabe a, b oder c des Gesetzes fallen.

44B. Ausnahmen von Anforderung R1 der Anlage 1

Die Anforderungen der Anforderung R1 (gebäudeinterne physische Infrastruktur für Hochgeschwindigkeitsnetze für die elektronische Kommunikation) der Anlage 1 gelten nicht für die folgenden Arten von Gebäuden oder Bauarbeiten

- a) Gebäude, die
 - (i) gemäß § 1 des Planning (Listed Buildings and Conservation Areas) Act 1990 gelistet sind, oder
 - (ii) sich in einem gemäß § 69 jenes Gesetzes benannten Schutzgebiet befinden,

wo die Erfüllung der Anforderung R1 der Anlage 1 ihren Charakter oder ihr Aussehen in inakzeptabler Weise verändern würde;

- b) Gebäude, die
 - (i) vom Verteidigungsministerium oder den Streitkräften der Krone genutzt werden, oder
 - (ii) anderweitig für Zwecke in Verbindung mit der nationalen Sicherheit genutzt werden;
- c) Gebäude in abgelegenen Gebieten, wo die Aussicht auf eine Hochgeschwindigkeitsverbindung als zu entfernt anzusehen ist, um die Ausstattung des Gebäudes mit hochgeschwindigkeitsfähiger gebäudeinterner physischer Infrastruktur oder einem Zugangspunkt zu rechtfertigen;
- d) umfangreiche Renovierungsarbeiten in Fällen, in denen die Kosten für die Erfüllung der Anforderung R1 der Anlage 1 unverhältnismäßig zu dem erreichten Nutzen sein würde.

44C. Auslegung von R1 der Anlage 1

In Teil R der Anlage 1

ist ein „Zugangspunkt“ ein physischer Punkt innerhalb oder außerhalb des Gebäudes, der für Unternehmen, die öffentliche Kommunikationsnetze bereitstellen oder für deren Bereitstellung zugelassen sind, zugänglich ist und den Anschluss an die hochgeschwindigkeitsfähigen gebäudeinternen physischen Infrastrukturen ermöglicht;

ist ein „Hochgeschwindigkeitsnetz für die elektronische Kommunikation“ ein elektronisches Kommunikationsnetz, das die Möglichkeit bietet, Breitbandzugangsdienste mit Geschwindigkeiten von mindestens 30 Mbit/s bereitzustellen;

sind „hochgeschwindigkeitsfähige gebäudeinterne physische Infrastrukturen“ gebäudeinterne physische Infrastrukturen, die dazu bestimmt sind, Komponenten von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation aufzunehmen oder die Versorgung mit solchen Netzen zu ermöglichen;

sind „gebäudeinterne physische Infrastrukturen“ physische Infrastrukturen oder Anlagen am Standort des Endnutzers, einschließlich Komponenten, die in gemeinsamen Eigentum stehen, die dazu bestimmt sind, leitungsgebundene oder drahtlose Zugangsnetze aufzunehmen, sofern solche Zugangsnetze geeignet sind, elektronische Kommunikationsdienste bereitzustellen und den Zugangspunkt des Gebäudes mit dem Netzabschlusspunkt zu verbinden;

sind „umfangreiche Renovierungsarbeiten“ Arbeiten am Standort des Endnutzers, die strukturelle Veränderungen an den gesamten gebäudeinternen physischen Infrastrukturen oder einen wesentlichen Teil davon umfassen;

ist ein „Netzabschlusspunkt“ ein physischer Punkt, an dem einem Nutzer Zugang zu Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation zur Verfügung gestellt wird.

Anmerkung:

Teil 9A bzw. die §§ 44A bis 44C wurden eingefügt durch § 2 Absatz 4 der S.I. 2016/490.

TEIL 10 Verschiedenes

45. Prüfung von Bauarbeiten

Die örtliche Behörde kann solche Prüfungen von Bauarbeiten vornehmen, wie es notwendig ist um festzustellen, ob sie entweder § 7 einhalten oder anzuwendende Anforderungen, die in Anlage 1 enthalten sind.

46. Materialproben

Die örtliche Behörde kann solche Proben der Materialien entnehmen, die bei der Ausführung der Bauarbeiten verwendet werden sollen, wie es notwendig ist um ihnen zu ermöglichen festzustellen, ob diese Materialien mit den Bestimmungen dieser Verordnung übereinstimmen.

47. Verstoß gegen bestimmte Vorschriften keine Straftat

Die folgenden Vorschriften werden als Bestimmungen designiert, auf die § 35 des Gesetzes (Bußgeld für das Verstoßen gegen Bauvorschriften) nicht anzuwenden ist:

- a) §§ 17, 17A, 25A, 27, 27A, 37, 41, 42, 43 und 44 und
- b) §§ 23, 25B und 26, soweit diese Vorschriften für Gebäude der Krone gelten oder für Bauarbeiten, die von Behörden der Krone ausgeführt werden oder ausgeführt werden sollen.

Anmerkungen:

§ 47 wurde geändert durch § 25 der S.I. 2012/3119, § 2 Absatz 8 der S.I. 2014/579 sowie durch § 2 Absatz 17 der S.I. 2016/285.

48. Elektronische Zustellung von Dokumenten

(1) § 94A des Gesetzes²⁵ (Elektronische Zustellung von Dokumenten) ist anzuwenden, als wenn die nachfolgenden Dokumente solche Dokumente wären, die in Absatz 7 jener Vorschrift genannt werden:

- e) eine Bauanzeige und jede beigefügte Erklärung, Beschreibung, nähere Angabe oder Plan nach § 13,
- f) vollständige Bauvorlagen und jede beigefügte Erklärung nach § 14,
- g) eine Mitteilung nach § 16,
- h) eine Mitteilung der Fertigstellung nach § 17 oder § 17A,
- i) ein Antrag auf Legalisierungsbescheinigung nach § 18 Absatz 2,
- j) eine Legalisierungsbescheinigung nach § 18 Absatz 5,
- k) eine Bescheinigung oder Mitteilung nach § 20,
- ga) eine Mitteilung nach § 25A,
- l) eine Mitteilung nach § 27 Absatz 2 oder 3,
- m) (aufgehoben),
- n) (aufgehoben),
- o) eine Mitteilung nach § 37 Absatz 1,
- p) Ergebnisse von Prüfungen der Schalldämmung nach § 41 Absatz 2 Buchstabe b,

²⁵ § 94A wurde eingefügt durch S.I. 2008/2334.

- q) eine Mitteilung nach § 42 Absatz 2 Buchstabe b,
- r) eine Mitteilung der Ergebnisse der Luftdruckprüfung nach § 43 Absatz 2 Buchstabe b,
- s) eine Mitteilung nach § 44 Absatz 3.

(2) Wenn vollständige Bauvorlagen auf elektronischem Weg nach § 94A des Gesetzes eingereicht werden, ist § 14 anzuwenden als ob

- a) § 14 Absatz 2 Buchstabe a entfallen wäre,
- b) in § 14 Absatz 2 Buchstabe b
 - (i) die Worte „zwei zusätzliche Ausfertigungen“ durch die Worte „eine Ausfertigung“ ersetzt worden wären,
 - (ii) die Worte „beide behalten kann“ durch die Worte „behalten kann“ ersetzt worden wären,
- c) in § 14 Absatz 6 die Worte „zusätzlicher Ausfertigungen“ durch die Worte „einer Ausfertigung“ ersetzt worden wären.

Anmerkungen:

§ 48 Absatz 1 Buchstabe d wurde geändert durch § 25 Buchstabe a der S.I. 2012/3119.
§ 48 Absatz 1 Buchstabe ga wurde eingefügt durch § 25 Buchstabe b der S.I. 2012/3119.
§ 48 Absatz 1 Buchstabe i und j wurde aufgehoben durch § 2 Absatz 18 der S.I. 2016/285.

49. Übergangsbestimmungen: Auslegung

In den §§ 50 bis 53

ist „die Verordnung 2009“ die [Rechtsverordnung] Building (Amendment No. 2) Regulations 2009²⁶.

Anmerkung:

§ 49 wurde geändert durch § 3 Absatz 4 der S.I. 2011/1515.

50. Übergangsbestimmungen: Arbeiten, die bereits vor dem 1. Oktober begonnen haben

(1) Vorbehaltlich Absatz 2, wenn Bauarbeiten vor dem 1. Oktober 2010 begonnen haben in Übereinstimmung mit

- a) einer Bauanzeige oder mit vollständigen Bauvorlagen, die nach § 12 Absatz 2A der Bauverordnung 2000²⁷ (Einreichen einer Bauanzeige oder Einreichen von Plänen) bei der örtlichen Behörde eingereicht wurden und einer Anzeige bzw. Mitteilung nach § 15

²⁶ S.I. 2009/2397 geändert durch S.I. 2009/2465 und 2010/719.

²⁷ S.I. 2000/2531; Absatz 12 (2A) wurde eingefügt durch S.I. 2006/652.

Absatz 1 der Bauverordnung 2000²⁸ (Mitteilung über Beginn und Fertigstellung bestimmter Bauphasen),

- b) einer Mitteilung über den Baubeginn oder Änderungsanzeige, die nach § 47 Absatz 1 (Einreichen und Akzeptieren von Mitteilungen über den Baubeginn) oder § 51A Absatz 2 des Gesetzes²⁹ (Abweichung von Arbeiten, auf die sich eine Mitteilung über den Baubeginn bezieht) eingereicht wurde,
- c) einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft, die nach § 54 (Einreichen, Akzeptieren und Wirkung einer Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft) des Gesetzes eingereicht wurde,

gilt die Bauverordnung 2000, zuletzt geändert durch die Verordnung 2009, weiterhin für diese Bauarbeiten.

(2) Wenn Bauarbeiten vor dem 1. Oktober 2010 begonnen haben in Übereinstimmung mit einer Mitteilung über den Baubeginn, die durch eine Änderungsanzeige geändert werden, die an oder nach diesem Tag eingereicht wird, gilt die Bauverordnung 2000, zuletzt geändert durch die Verordnung 2009, weiterhin für soviel der Bauarbeiten, als nach dieser Mitteilung über den Baubeginn hätten ausgeführt werden können, wenn die Änderungsanzeige nicht eingereicht worden wäre.

(3) Wenn Bauarbeiten vor dem 1. Oktober 2010 begonnen haben für die § 12 Absatz 5 Buchstabe a oder b³⁰ der Bauverordnung gilt, gilt die Bauverordnung 2000, zuletzt geändert durch die Verordnung 2009, weiterhin für diese Bauarbeiten.

51. Übergangsbestimmungen: Arbeiten für die keine Benachrichtigung erforderlich ist

Wenn vor dem 1. Oktober 2010 ein Vertrag zur Bereitstellung von Bauarbeiten eingegangen wurde, für die § 12 Absatz 5 Buchstabe a oder b der Bauverordnung 2000 gilt, gilt die Bauverordnung 2000, zuletzt geändert durch die Verordnung 2009, weiterhin für diese Bauarbeiten.

52. Übergangsbestimmungen: Mitteilung oder Bauvorlagen eingereicht vor dem 1. Oktober 2010

(1) Vorbehaltlich Absatz 2 gilt die Bauverordnung 2000, zuletzt geändert durch die Verordnung 2009, weiterhin für Bauarbeiten, wenn

- a) vor dem 1. Oktober 2010 eine Bauanzeige, eine Mitteilung über den Baubeginn, eine Bauvorlagenbescheinigung, eine Änderungsanzeige, eine Mitteilung einer öffentlichen Körperschaft oder vollständige Bauvorlagen bei einer örtlichen Behörde eingereicht wurden und
- b) die Arbeiten in Übereinstimmung mit einer solchen Anzeige bzw. Mitteilung oder Bauvorlagen ausgeführt werden oder ausgeführt werden sollen, ob mit oder ohne Abweichung von solchen Bauvorlagen,

²⁸ § 15 Absatz 1 wurde geändert durch S.I. 2002/440 und 2006/652.

²⁹ § 47 Absatz 1 wurde geändert durch § 8 des Sustainable and Secure Buildings Act 2004 (c.22) und S.I. 1996/1905. § 51A Absatz 2 wurde eingefügt durch S.I. 1996/1905.

³⁰ § 12 Absatz 5 wurde ersetzt durch S.I. 2004/3210 und geändert durch S.I. 2008/671.

vorausgesetzt, dass diese Arbeiten vor dem 1. Oktober 2011 begonnen haben.

(2) Wenn eine vor dem 1. Oktober 2010 eingereichte Mitteilung über den Baubeginn durch eine Änderungsanzeige geändert wird, die an oder nach diesem Tag eingereicht wird, gilt die Bauverordnung 2000, zuletzt geändert durch die Verordnung 2009, weiterhin für soviel der Bauarbeiten, als nach dieser Mitteilung über den Baubeginn hätten ausgeführt werden können, wenn die Änderungsanzeige nicht eingereicht worden wäre, vorausgesetzt, dass die Arbeiten vor dem 1. Oktober 2011 begonnen haben.

53. Übergangs- und salvatorische Bestimmungen: frühere Bauverordnungen

(1) Wenn unmittelbar vor dem 1. Oktober 2010 eine der in Absatz 2 aufgeführten Übergangsbestimmungen für Bauarbeiten Geltung hatte, gelten die in Anlage 5 angegebenen Vorschriften weiterhin in Bezug auf diese Bauarbeiten in Übereinstimmung mit der Bestimmung, als ob diese Verordnung nicht gemacht worden wäre.

(2) Die Bestimmungen sind

§ 4 der Building (Amendment) Regulations 2001³¹,

§ 3 der Building (Amendment) Regulations 2002³²,

§§ 3 und 4 der Building (Amendment) (No. 2) Regulations 2002³³,

§ 3 der Building (Amendment) Regulations 2003³⁴,

§ 3 der Building (Amendment) Regulations 2004³⁵,

§ 3 der Building (Amendment) (No. 3) Regulations 2004³⁶,

§§ 29 bis 34 der Building and Approved Inspectors (Amendment) Regulations 2006³⁷ insofern sie sich auf die Bauverordnung 2000 beziehen,

§ 4 der Building and Approved Inspectors (Amendment) (No. 2) Regulations 2006³⁸ insofern sie sich auf die Bauverordnung 2000 beziehen,

§ 4 der Building and Approved Inspectors (Amendment) Regulations 2007³⁹ insofern sie sich auf die Bauverordnung 2000 beziehen,

§§ 4 bis 8 der Building and Approved Inspectors (Amendment) Regulations 2009⁴⁰ insofern sie sich auf die Bauverordnung 2000 beziehen.

³¹ S.I. 2001/3335.

³² S.I. 2002/440.

³³ S.I. 2002/2871 geändert durch Rechtsverordnung S.I. 2003/3133.

³⁴ S.I. 2003/2692.

³⁵ S.I. 2004/1465.

³⁶ S.I. 2004/3210.

³⁷ S.I. 2006/652.

³⁸ S.I. 2006/3318.

³⁹ S.I. 2007/3384.

(3) § 22A der Bauverordnung 2000⁴¹ (Frist für die Verfolgung von Verstößen gegen bestimmte Vorschriften) ist weiter anzuwenden in Bezug auf Verstöße gegen Bauvorschriften, die vor dem 22. September 2008 begangen wurden, so als ob die Verordnung 2009 nicht gemacht worden wäre.

(4) Wenn unmittelbar vor dem 1. Oktober 2010 § 23 der Bauverordnung 2000 für Bauarbeiten Geltung hatte, gelten die in Anlage 3 der Bauverordnung 2000 angegebenen Vorschriften weiterhin in Bezug auf diese Bauarbeiten in Übereinstimmung mit der Übergangsbestimmung [§ 23], als ob diese Verordnung nicht gemacht worden wäre.

54. Widerruf und Folgeänderungen

(1) Die in der ersten Spalte der Tabelle in Anlage 5 angegebenen Vorschriften werden in dem Umfang widerrufen, der jeweils in der dritten Spalte dieser Tabelle angegeben ist.

(2) Anlage 6, der die Folgeänderungen an der Building (Local Authority Charges) Regulations 2010⁴² und an der Energy Performance of Buildings (Certificates and Inspections) (England and Wales) Regulations 2007⁴³ enthält, ist anzuwenden.

55. Überprüfung von Teil 9A und Teil R der Anlage 1

(1) Vor dem Ende eines jeden Berichtszeitraums muss der Minister

- a) eine Überprüfung von Teil 9A und Teil R der Anlage 1 durchführen und
- b) einen Bericht der Überprüfung veröffentlichen, in dem die Schlussfolgerungen daraus dargelegt werden.

(2) Bei der Durchführung der Überprüfung muss der Minister berücksichtigen, wie Artikel 8 (Gebäudeinterne physische Infrastruktur) der Richtlinie 2014/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation⁴⁴ in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union umgesetzt wird.

(3) Der Bericht muss insbesondere

- a) die Ziele darlegen, die durch die regulativen Bestimmungen in Teil 9A und Teil R der Anlage 1 erreicht werden sollen;
- b) das Ausmaß beurteilen, in dem diese Ziele erreicht wurden;
- c) beurteilen, ob diese Ziele angemessen bleiben; und

⁴⁰ S.I. 2009/1219 geändert durch S.I. 2009/2465 und 2010/719.

⁴¹ § 22A wurde eingefügt durch S.I. 2008/671 und widerrufen durch S.I. 2009/2397.

⁴² S.I. 2010/404.

⁴³ S.I. 2007/991.

⁴⁴ ABl. L 155 vom 23.5.2014, S. 1.

- d) wenn diese Ziele angemessen bleiben, das Ausmaß bewerten, inwieweit sie auf eine andere Weise erreicht werden könnten, die weniger belastende regulative Bestimmungen auferlegt.

(4) In dieser Verordnung bedeutet „Berichtszeitraum“

- a) den Zeitraum von fünf Jahren beginnend am 9. Mai 2016 und
- b) vorbehaltlich Absatz 5 jeden aufeinander folgenden Zeitraum von fünf Jahren.

(5) Wenn ein Bericht nach dieser Vorschrift vor dem letzten Tag des Berichtszeitraums veröffentlicht wird, auf den er sich bezieht, beginnt der nächste Berichtszeitraum an dem Tag, an dem dieser Bericht veröffentlicht wird.

Anmerkung:

§ 55 wurde angefügt durch § 2 Absatz 5 der S.I. 2016/490.

Unterzeichnet im Namen des Ministers

6. September 2010

Andrew Stunell
Parlamentarischer Staatssekretär
Department for Communities and Local Government

ANLAGE 1

Anforderungen

Anforderung

Grenzen der Anwendung

TEIL A TRAGWERK

Last

A1. (1) Das Gebäude ist so zu konstruieren, dass es die Summe der Belastungen aus Eigenlasten, Betriebslasten und Windlasten aufnehmen und wie folgt in den Baugrund ableiten kann

- a) auf sichere Weise und
- b) ohne eine solche Durchbiegung oder Verformung eines beliebigen Teils des Gebäudes oder eine solche Bewegung des Untergrunds zu verursachen, die die Stabilität beliebiger Teile anderer Gebäude beeinträchtigen wird.

(2) Bei der Beurteilung, ob ein Gebäude mit Absatz 1 übereinstimmt, müssen die Betriebslasten und Windlasten beachtet werden, denen es bei gewöhnlicher Nutzung für den Zweck, für den es geplant ist wahrscheinlich ausgesetzt wird.

Bewegungen des Baugrunds

A2. Das Gebäude ist so zu konstruieren, dass Bewegungen des Baugrunds verursacht durch

- a) Quellen, Schrumpfen oder Gefrieren des Bodens oder
- b) Erdbeben oder Setzung (außer Setzung durch Schrumpfen), soweit das Risiko vernünftigerweise vorhergesehen werden kann,

nicht die Stabilität eines beliebigen Teils des Gebäudes beeinträchtigen.

Zusammenbruch in unverhältnismäßig großem Ausmaß

A3. Das Gebäude ist so zu konstruieren, dass das Gebäude bei Ereignis eines Unfalls keinen Zusammenbruch in einem Ausmaß erleidet, das unverhältnismäßig zu der Ursache ist.

TEIL B BRANDSCHUTZ

Warneinrichtungen und Fluchtwege

B1. Ein Gebäude muss derart geplant und gebaut sein, dass angemessene Einrichtungen

Anforderung B1 gilt nicht für Gefängnisse im Sinne des § 33 des Prison Act 1952⁴⁵

⁴⁵ 1952 c.52; § 33 wurde geändert durch § 100 des Criminal Justice and Public Order Act 1994 (c.33) und durch S.I. 1963/597.

zur frühzeitigen Warnung vor einem Brand vorhanden sind sowie im Brandfall geeignete Fluchtwege aus dem Gebäude an einen sicheren Ort außerhalb des Gebäudes, der jederzeit sicher und problemlos genutzt werden kann.

(Befugnis zur Bereitstellung von Gefängnissen usw.).

Innere Brandausbreitung (Bekleidungen)

B2. (1) Um die Brandausbreitung innerhalb des Gebäudes zu verhindern, müssen die inneren Bekleidungen

- (a) der Ausbreitung von Flammen über ihre Oberflächen angemessen widerstehen und
 - (b) bei Entzündung eine Wärmefreisetzungsrate oder eine Rate der Brandausbreitung haben, die unter den Umständen angemessen ist.
- (2) In diesem Absatz bedeutet „innere Bekleidungen“ die Materialien oder Produkte, die zur Bekleidung von Trennwänden, Wänden, Decken oder anderen inneren Bauteilen verwendet werden.

Innere Brandausbreitung (Tragwerk)

B3. (1) Das Gebäude ist so zu planen und zu konstruieren, dass seine Stabilität im Brandfall für eine angemessene Zeitspanne erhalten bleibt.

(2) Eine gemeinsame Wand von zwei oder mehr Gebäuden ist so zu planen und zu konstruieren, dass sie der Brandausbreitung über diese Gebäude hinweg in angemessener Weise standhält. Im Sinne dieses Absatzes ist jedes Haus eines Reihen- oder Doppelhauses als ein separates Gebäude zu behandeln.

(3) Falls es vernünftigerweise notwendig ist die Brandausbreitung innerhalb des Gebäudes zu verhindern, sind Maßnahmen in einem Umfang zu ergreifen, die der Größe und Nutzung des Gebäudes angemessen sind, die entweder eine oder beide der folgenden Maßnahmen umfassen:

- (a) Unterteilung des Gebäudes durch eine feuerwiderstandsfähige Konstruktion,
- (b) Installation geeigneter automatischer Feuerlöschanlagen.

(4) Das Gebäude ist so zu planen und zu konstruieren, dass die unerkannte Ausbreitung von Feuer und Rauch in verdeckten Räumen im Baukörper und der Außenhaut verhindert wird.

Anforderung B3 Absatz 3 gilt nicht für wesentliche Änderungen von Gefängnissen im Sinne des § 33 des Prison Act 1952.

Äußere Brandausbreitung

B4. (1) Die Außenwände des Gebäudes müssen der Brandausbreitung über die Wände und von einem Gebäude auf ein anderes angemessen

sen widerstehen, wobei die Höhe, Nutzung und Lage des Gebäudes zu berücksichtigen ist.

(2) Das Dach des Gebäudes muss der Brandausbreitung über das Dach und von einem Gebäude auf ein anderes angemessen widerstehen, wobei die Höhe, Nutzung und Lage des Gebäudes zu berücksichtigen ist.

Zugang und Einrichtungen für die Feuerwehr

B5. (1) Das Gebäude muss so geplant und gebaut sein, dass angemessene Einrichtungen zur Unterstützung der Feuerwehr bei der Lebensrettung vorhanden sind.

(2) Innerhalb des Grundstücks des Gebäudes müssen angemessene Vorkehrungen getroffen werden, um Feuerlöschgeräten den Zugang zum Gebäude zu ermöglichen.

TEIL C VORBEREITUNG DES BAUGRUNDSTÜCKS UND SCHUTZ VOR KONTAMINATIONEN UND FEUCHTIGKEIT

Vorbereitung des Baugrundstücks und Schutz vor Kontaminationen

C1. (1) Der Baugrund, der mit dem Gebäude überbaut werden soll, hat hinreichend frei von Materialien zu sein, die das Gebäude schädigen oder seine Stabilität beeinträchtigen könnten, einschließlich pflanzlicher Stoffe, Mutterboden und bereits vorhandene Fundamente.

(2) Es sind angemessene Vorkehrungen zur Vermeidung von Gefahren für die Gesundheit und Sicherheit aufgrund von Schadstoffen auf oder in dem mit dem Gebäude überbauten oder zur Bebauung mit dem Gebäude vorgesehenen Gelände oder im Baugrund unter dem Gebäude bzw. geplanten Gebäude sowie gegebenenfalls zu dem Gebäude gehörenden Gelände zu treffen.

(3) Eine angemessene Baugrundentwässerung ist vorzusehen, wenn dies notwendig ist, um Folgendem vorzubeugen:

- a) dem Eindringen von Bodenfeuchtigkeit in das Gebäudeinnere;
- b) Schädigung des Gebäudes, einschließlich Schädigung der Fundamente des Gebäudes durch den Transport von wasserbeförderten Schadstoffen.

(4) Im Sinne dieser Anforderung bezeichnet „Schadstoff“ jeden Stoff, der für Personen oder Gebäude gefährlich ist oder gefährlich werden kann, einschließlich korrodierende, explosive, entzündliche, radioaktive oder giftige Stoffe.

Schutz vor Feuchtigkeit

C2. Die Wände, Fußböden und das Dach des Gebäudes müssen das Gebäude und seine Nutzer angemessen vor schädlichen Auswirkungen schützen, die zurückzuführen sind auf:

- a) Bodenfeuchte;
- b) Niederschläge und vom Wind getragene Sprühnebel;
- c) Tauwasserausfall im Bauteil und an der Oberfläche; und
- d) Überlaufen von Wasser aus oder in Verbindung mit Armaturen oder Sanitäreinrichtungen.

TEIL D TOXISCHE SUBSTANZEN**Hohlraumdämmung**

D1. Wenn Dämmstoff in den Hohlraum einer Hohlraumwand eingefügt wird, sind angemessene Vorkehrungen dagegen zu treffen, dass anschließend giftige Dämpfe aus dem Material in irgendeinen von Personen genutzten Teil des Gebäudes eindringen.

TEIL E SCHALLDÄMMUNG**Schutz gegen Geräusche aus anderen Teilen des Gebäudes und angrenzenden Gebäuden**

E1. Wohnhäuser, Geschosswohnungen und Räume für Wohnzwecke sind so zu konzipieren und zu errichten, dass sie einen angemessenen Schutz bieten gegen Schall aus anderen Teilen desselben Gebäudes und aus angrenzenden Gebäuden.

Schutz gegen Schall innerhalb von Wohnhäusern usw.

E2. Wohnhäuser, Geschosswohnungen und Räume für Wohnzwecke sind so zu planen und zu errichten, dass:

- (a) Innenwände zwischen einem Schlafrum oder Raum, der ein WC enthält und anderen Räumen,
 - (b) Geschossdecken
- eine ausreichende Schalldämmung vorsehen.

Anforderung E2 gilt nicht für:

- a) eine Innenwand, die eine Tür enthält,
- b) eine Innenwand, die eine en suite Toilette von einem anschließenden Schlafrum trennt,
- c) bestehende Wände und Geschossdecken in einem Gebäude, das Gegenstand einer wesentlichen Nutzungsänderung ist.

Nachhall in den gemeinsamen inneren Teilen von Gebäuden, die Geschosswohnungen oder Räume für Wohnzwecke enthalten

E3. Gemeinsame innere Teile von Gebäuden, die Geschosswohnungen oder Räume für Wohnzwecke enthalten, sind in einer solchen

Anforderung E3 gilt nur für Flure, Treppenhäuser, Gänge und Eingangshallen, die als Zugang zu der Geschosswohnung oder

Weise zu planen und zu errichten, dass der Nachhall in den gemeinsamen Teilen ein angemessenes Maß nicht überschreitet.

Raum für Wohnzwecke dienen.

Akustische Bedingungen in Schulen

E4. (1) Jeder Raum oder andere Räumlichkeit in einem Schulgebäude ist in einer solchen Weise zu planen und zu bauen, dass sie die akustischen Bedingungen und die Schalldämmung gegen Störungen durch Lärm haben, die ihrer beabsichtigten Nutzung entsprechen.

(2) Im Sinne dieses Teils hat „Schule“ die gleiche Bedeutung wie in § 4 des Education Act 1996⁴⁶ und ist ein „Schulgebäude“ jedes Gebäude, das eine Schule oder einen Teil einer Schule bildet.

TEIL F LÜFTUNG

Lüftungsmaßnahmen

F1. (1) Es sind adäquate Lüftungsmaßnahmen für die Bewohner und Nutzer des Gebäudes vorzusehen.

(2) Ortsfeste Anlagen für maschinelle Lüftung und damit zusammenhängende Steuerungen müssen durch Prüfung und Einstellung soweit notwendig in Betrieb genommen werden um sicherzustellen, dass das in Absatz 1 genannte Ziel erreicht wird.

Anforderung F1 gilt nicht für Gebäude oder Räumlichkeiten innerhalb eines Gebäudes,

- a) die normalerweise nicht betreten werden oder
- b) die ausschließlich zu Lagerzwecken genutzt werden oder
- c) bei denen es sich um Garagen handelt, die nur im Zusammenhang mit einer einzelnen Wohnung genutzt werden.

TEIL G SANITÄREINRICHTUNGEN, WARMWASSERSICHERHEIT UND WASSEREFFIZIENZ

Kaltwasserversorgung

G1. (1) Es muss eine geeignete Anlage vorhanden sein, die

- a) alle Stellen, an denen Trinkwasser entnommen wird, mit genussstauglichem Wasser versorgt,
- b) jedes in einem Raum oder angrenzend an einen Raum mit einer Sanitäreinrichtung zur Verfügung gestellte Waschbecken oder Bidet mit genussstauglichem Wasser oder enthärtetem genussstauglichem Wasser versorgt,
- c) jedes Waschbecken, jedes Bidet, jede fest eingebaute Badewanne und Dusche in einem Bad mit genussstauglichem Wasser oder enthärtetem genussstauglichem Wasser versorgt und

⁴⁶ 1996 c.56; § 4 wurde geändert durch Anlage 22 des Education Act 2002 (c.32), § 95 des Childcare Act 2006 (c.21), § 51 sowie Anlage 7 und 8 des Education Act 1997 (c.44) und S.I. 2010/1080.

- d) jedes Spülbecken in einem Bereich für die Zubereitung von Lebensmitteln mit genusstauglichem Wasser versorgt.
- (2) Es muss eine geeignete Anlage vorhanden sein, die jede Sanitäreinrichtung mit einer Spülvorrichtung mit Wasser von angemessener Qualität versorgt.

Wassereffizienz

G2. Durch die Installation von Armaturen und ortsfesten Geräten müssen angemessene Vorkehrungen dafür getroffen werden, dass Wasser effizient genutzt wird und einem unverhältnismäßigen Wasserverbrauch vorgebeugt wird.

Anforderung G2 gilt nur, wenn eine Wohnung

- a) errichtet wird oder
- b) durch eine wesentliche Nutzungsänderung eines Gebäudes im Sinne von § 5 Buchstabe a oder b gebildet wird.

Warmwasserversorgung und -anlagen

G3. (1) Es muss eine geeignete Anlage vorhanden sein für die Versorgung folgender Entnahmestellen mit erwärmtem genusstauglichem Wasser oder erwärmtem enthärtetem genusstauglichem Wasser:

- a) jedes in einem Raum oder angrenzend an einen Raum mit einer sanitären Einrichtung zur Verfügung gestellte Waschbecken oder Bidet,
- b) jedes Waschbecken, jedes Bidet, jede ortsfest eingebaute Badewanne und Dusche in einem Bad und
- c) jede Spülbecken in einem Bereich für die Zubereitung von Lebensmitteln.

(2) Warmwasseranlagen einschließlich Wasserspeicherkästen oder anderer Behälter, die Wasser an Warmwasseranlagen liefern oder Expansionswasser von einer Warmwasseranlage aufnehmen, müssen so geplant, gebaut und installiert werden, dass sie den Auswirkungen von Temperatur und Druck widerstehen, die bei normalem Gebrauch oder im Fall von nach vernünftigem Ermessen vorhersehbaren Fehlfunktionen auftreten können.

(3) Warmwasseranlagen mit Warmwasservorratsbehältern müssen über Vorkehrungen verfügen, die

- a) verhindern, dass die Temperatur des Vorratswassers im Vorratsbehälter zu keiner Zeit 100°C übersteigt und
- b) sicherstellen, dass Abflüsse von Sicherheitsvorrichtungen sicher dorthin befördert werden, wo sie sichtbar sind, jedoch keine Gefahr für Menschen im

Anforderung G3 Absatz 3 gilt nicht für Anlagen, die Wasser ausschließlich für die Zwecke industrieller Verarbeitung erwärmen oder speichern.

Gebäude oder dessen Nähe darstellen.
(4) Die Warmwasserversorgung jeder ortsfest eingebauten Badewanne muss so geplant und installiert werden, dass sie über Vorkehrungen dafür verfügt, dass die Temperatur von dem Wasser, das dieser Badewanne zugeleitet werden kann, 48°C nicht überschreitet.

Anforderung G3 Absatz 4 gilt nur, wenn eine Wohnung

- a) errichtet wird oder
- b) durch eine wesentliche Nutzungsänderung eines Gebäudes im Sinne von § 5 Buchstabe a oder b geschaffen wird.

Sanitäreinrichtungen und Waschgelegenheiten

G4. (1) Angemessene und geeignete Sanitäreinrichtungen müssen in Räumlichkeiten, die für diesen Zweck vorgesehen sind, oder in Badezimmern bereitgestellt werden.

(2) In folgenden Räumlichkeiten müssen adäquate Einrichtungen zum Händewaschen bereitgestellt werden:

- a) Räume, die Sanitäreinrichtungen enthalten oder
- b) Räume, die an Räumlichkeiten mit Sanitäreinrichtungen angrenzen.

(3) Jeder Raum, der eine Sanitäreinrichtung, ein Bidet oder eine Einrichtung zum Händewaschen nach Absatz 2 Buchstabe b enthält, muss von Küchen oder Räumen getrennt sein, in denen Lebensmittel zubereitet werden.

Badezimmer

G5. Es muss ein Badezimmer vorgesehen sein, das ein Waschbecken und entweder eine ortsfest eingebaute Badewanne oder eine Dusche enthält.

Anforderung G5 gilt nur für Wohnungen und Gebäude, die ein oder mehr Räume für Wohnzwecke enthalten.

Küchen und Bereiche zur Zubereitung von Lebensmitteln

G6. In jedem Bereich zur Zubereitung von Lebensmitteln muss ein geeignetes Spülbecken vorgesehen sein.

TEIL H ENTWÄSSERUNG UND ABFALLENTSORGUNG

Schmutzwasserentwässerung

H1. (1) Es ist eine adäquate Entwässerung vorzusehen, um Schmutzwasser von Einrichtungen innerhalb des Gebäudes, in Folgendes abzuleiten, aufgeführt in Reihenfolge der Priorität:

- a) eine öffentliche Kanalisation oder, wenn dies nicht vernünftigerweise möglich ist,
- b) eine private Kanalisation mit Anschluss an eine öffentliche Kanalisati-

Anforderung H1 gilt nicht für Wasser, das zur Körperwäsche oder zum Waschen von Kleidung, Bettwäsche oder anderen Artikeln verwendet wurde und zu Sammelsystemen zur Wiederverwendung abgeleitet wird.

- on oder, wenn dies nicht vernünftigerweise möglich ist,
 - c) entweder einen Faulbehälter, der eine geeignete Form der sekundären Abwasserbehandlung oder eine andere Anlage zur Abwasserbehandlung hat oder, wenn dies nicht vernünftigerweise möglich ist,
 - d) eine Abwassergrube.
- (2) In diesem Teil bedeutet „Schmutzwasser“ Abwasser, das aus
- a) Abfall von einer Sanitäreinrichtung, einem Bidet oder einer Einrichtung, die für Waschbehältnisse für Schmutzwasser verwendet wird, besteht oder
 - b) Wasser besteht, das für die Zubereitung von Lebensmitteln, zum Kochen oder zum Waschen verwendet wurde.

Abwasserbehandlungsanlagen und Abwassergruben

H2. (1) Jede Faulbehälter und seine Form von sekundärer Abwasserbehandlung, andere Anlage zur Abwasserbehandlung oder Abwassergrube, ist so anzuordnen und zu bauen, dass

- a) sie nicht die Gesundheit einer Person schädigt,
- b) sie keinen Wasserlauf, kein Grundwasser und keine Wasser-versorgung kontaminiert,
- c) es angemessene Zugänge für die Entleerung und Wartung gibt und
- d) sie wo es relevant ist, aufgrund eines ausreichenden Standards zum Schutz der Gesundheit im Fall eines Stromausfalls funktionieren wird.

(2) Jeder Faulbehälter oder Fäkalientank, der Teil einer Anlage zur Abwasserbehandlung oder einer Abwassergrube ist, hat

- a) von angemessener Kapazität zu sein,
- b) so gebaut zu sein, dass sie bzw. er undurchdringlich für Flüssigkeiten ist und
- c) angemessen gelüftet zu sein.

(3) Wenn ein Entwässerungssystem für Schmutzwasser aus einem Gebäude in einen Faulbehälter, in eine Anlage zur Abwasserbehandlung oder in eine Abwassergrube ableitet, ist eine dauerhafte Mitteilung an einer geeigneten Stelle im Gebäude anzubringen, die Informationen über jede kontinuierliche Wartung enthält, um Gesundheitsrisiken vor-

zubeugen.

Entwässerung von Niederschlagswasser

H3. (1) Es sind angemessene Vorkehrungen dafür zu treffen, dass Niederschlagswasser vom Dach des Gebäudes abgeführt wird.

(2) Versiegelte Flächen rund um das Gebäude sind so zu bauen, dass sie angemessen entwässert werden.

Anforderung H3 Absatz 2 gilt nur für versiegelte Flächen,

- a) die gemäß Anforderung M1 (Zugang zu und Nutzung von Gebäuden außer Wohngebäuden) oder Anforderung M2 (Zugang zu Erweiterungen von anderen Gebäuden als Wohngebäuden) oder Anforderung M4 Absatz 1, 2 oder 3 (Zugang zu und Nutzung von Wohnungen) den Zugang zum Gebäude zur Verfügung stellen,
- b) die gemäß Anforderung H6 Absatz 2 (Lagerung fester Abfallstoffe) den Zugang zu oder von einem Lageplatz gewährleisten oder
- c) in Durchgängen, die Zugang zu dem Gebäude gewähren, wenn diese von den Nutzern von einem oder mehreren anderen Gebäuden gemeinsam genutzt werden sollen.

Anforderung H3 Absatz 3 gilt nicht für das Sammeln von Niederschlagswasser zur Wiederverwendung.

(3) Niederschlagswasser aus einer Anlage nach Absatz 1 oder 2 ist in Folgendes abzuleiten, aufgeführt in Reihenfolge der Priorität:

- a) eine adäquate Sickergrube oder in eine andere angemessene Versickerungsanlage oder, wenn dies nicht vernünftigerweise möglich ist,
- b) einen Wasserlauf oder, wenn dies nicht vernünftigerweise möglich ist,
- c) eine Kanalisation.

Überbauen von Kanalisationen

H4. (1) Die Errichtung oder Erweiterung eines Gebäudes oder Bauwerks, welche die Unterfangung eines Gebäudes umfassen, sind in einer Weise auszuführen, die für das Gebäude oder die Gebäudeerweiterung oder die kontinuierliche Wartung der Abwasserleitung, der Kanalisation oder der Abwasserhauptleitung nicht nachteilig ist.

(2) In dieser Anforderung ist eine „Abwasserhauptleitung“ jedes Rohr, jeder Tunnel oder jeder Kanal, das bzw. der für die Beförderung von Abwasser zu oder von einer Kläranlage genutzt wird, die keine öffentliche Kanalisati-

Anforderung H4 gilt nur für Arbeiten, die ausgeführt werden

- a) über einer Abwasserleitung, Kanalisation oder Abwasserhauptleitung, die auf einer Karte der Kanalisation dargestellt ist oder
- b) auf einer Baustelle oder in einer solchen Weise, die zu einer Störung der Nutzung oder zu einem Hindernis des Zugangs einer Person zu einer Abwasserleitung, einer Kanalisation oder einer Abwasserhauptleitung resultieren könnte, die auf ei-

on ist.

(3) In dieser Anforderung und Anforderung H5 ist eine „Karte der Kanalisation“ jede Aufzeichnung eines Abwasserentsorgungsunternehmens nach § 199 des Water Industry Act 1991⁴⁷.

ner Karte der Kanalisation dargestellt ist.

Getrennte Entwässerungsanlagen

H5. Jede Anlage zur Ableitung von Wasser in eine Kanalisation, die Anforderung H3 folgend vorgesehen ist, ist von derjenigen für die Abführung von Schmutzwasser aus dem Gebäude zu trennen.

Anforderung H5 gilt nur für eine Anlage, die in Verbindung mit der Errichtung oder Erweiterung eines Gebäudes vorgesehen ist und wenn es für die Anlage vernünftigerweise möglich ist, Oberflächenwasser direkt oder indirekt in eine getrennte Kanalisation abzuführen, die

- a) auf einer Karte der Kanalisation dargestellt ist oder
- b) im Bau ist entweder durch das Abwasserentsorgungsunternehmen oder eine andere Person (wenn die Kanalisation Gegenstand einer Einverständniserklärung zur Ausstattung nach § 104 des Water Industry Act 1991⁴⁸ ist).

Lagerung fester Abfallstoffe

H6. Es sind adäquate Vorkehrungen für die Lagerung fester Abfallstoffe zu treffen.

(2) Adäquate Zugangsmöglichkeiten sind vorzusehen

- a) für Personen im Gebäude zum Lagerort und
- b) vom Lagerort zu einem Sammelpunkt (wenn die Abfallsammelbehörde einen nach § 46 (Haushaltsabfälle) oder § 47 (Gewerbeabfälle) des Environmental Protection Act 1990⁴⁹ angegeben hat) oder zu einer Straße (wenn kein Sammelpunkt angegeben wurde).

TEIL J FEUERUNGSANLAGEN UND BRENNSTOFFLAGERSYSTEME

Luftzufuhr

J1. Feuerungsanlagen sind so zu installieren, dass eine adäquate Luftzufuhr für die Verbrennung gewährleistet ist, um Überhitzung zu verhindern und den wirksamen Betrieb von eventuell vorhandenen Rauchabzügen sicher-

Anforderungen J1 und J2 gelten nur für ortsfest installierte Feuerungsanlagen (einschließlich Müllverbrennungsöfen).

⁴⁷ 1991 c.56; § 199 wurde geändert durch § 97 des Water Act 2003 (c. 37).

⁴⁸ § 104 wurde geändert durch § 96 und Anlage 9 des Water Act 2003 und wird voraussichtlich geändert durch § 42 des Flood and Water Management Act 2010 (c. 29).

⁴⁹ 1990 c.43; Abschnitt 46 wurde geändert durch Abschnitt 19 des London Local Authorities Act 2007 (2007 c.ii) und Abschnitt 47 wurde geändert durch Abschnitt 21 des Act. Abschnitt 46 wurde außerdem geändert durch Abschnitt 76 von und Anlage 5 zu dem Climate Change Act 2008 (c.27).

zustellen.

Ableitung von Verbrennungsprodukten

J2. Feuerungsanlagen müssen über geeignete Mittel zur Ableitung von Verbrennungsprodukten an die Außenluft verfügen.

Warnung vor der Freisetzung von Kohlenmonoxid

J3. Wenn ein Feuerungsanlage vorgesehen ist, sind im Hinblick auf die Planung und Platzierung des Gerätes angemessene Vorkehrungen dafür zu treffen, dass die Freisetzung einer für Menschen gefährlichen Konzentration von Kohlenmonoxid festgestellt und frühzeitig davor gewarnt wird.

Anforderung J3 findet nur auf ortsfest installierte Feuerungsanlagen in Wohnungen Anwendung.

Schutz von Gebäuden

J4. Feuerungsanlagen und Rauchabzugsrohre sind so zu installieren und Kamine und Schornsteine sind so zu bauen und zu installieren, dass die Gefahr von Verbrennungen für Personen oder das Inbrandgeraten des Gebäudes aufgrund ihrer Nutzung auf ein angemessenes Maß reduziert wird.

Die Anforderung J4 gilt nur für ortsfest installierte Feuerungsanlagen (einschließlich Müllverbrennungsöfen) Anwendung.

Bereitstellung von Informationen

J5. Wenn eine Feuerstelle, ein Kamin, Rauchabzug oder Schornstein vorgesehen ist oder erweitert wird, ist ein dauerhafter Hinweis mit Informationen über die Leistungsfähigkeit der Feuerstelle, des Kamins, des Rauchabzugs oder des Schornsteins an einem geeigneten Platz im Gebäude anzubringen, damit Feuerungsanlagen sicher installiert werden können.

Schutz von Lagersystemen für flüssigen Brennstoff

J6. Lagersysteme für flüssigen Brennstoff und die Verbindungsrohre, die sie mit Feuerungsanlagen verbinden, sind so zu bauen und von Gebäuden und den Grundstücksgrenze zu trennen, dass das Risiko einer Entzündung des Brennstoffs im Fall eines Brandes in angrenzenden Gebäuden oder auf angrenzenden Grundstücken auf ein angemessenes Niveau reduziert wird.

Anforderung J6 gilt nur für:

- (a) ortsfest installierte Öllagertanks mit einem Fassungsvermögen von mehr als 90 Liter und Verbindungsrohre sowie
- (b) ortsfest installierte Lagereinrichtungen für Flüssiggas mit einem Fassungsvermögen von mehr als 150 Liter und Verbindungsrohre, die sich außerhalb des Gebäudes befinden und die ortsfest installierten Feuerungsanlagen (einschließlich Müllverbrennungsöfen) im Gebäude dienen.

Schutz vor Umweltverschmutzung

J7. Öllagertanks und die Rohre, die sie mit

Anforderung J7 gilt nur für ortsfeste Ölla-

den Feuerungsanlagen verbinden,

- a) sind so zu bauen und zu schützen, dass das Risiko des Austretens von Öl und der Verursachung einer Umweltverschmutzung auf ein angemessenes Niveau reduziert wird, und
- b) müssen eine dauerhafte Mitteilung an einer markanten Stelle haben, die Informationen über das Verhalten beim Austreten von Öl enthält, um das Risiko einer Umweltverschmutzung auf ein angemessenes Niveau zu reduzieren.

gertanks mit einem Fassungsvermögen von bis zu 3.500 Liter oder weniger und Verbindungsrohren, die:

- (a) sich außerhalb des Gebäudes befinden und
- (b) ortsfesten Feuerungsanlagen (einschließlich Müllverbrennungsöfen) in einem Gebäude dienen, das ganz oder hauptsächlich als private Wohnung genutzt wird, gilt jedoch nicht für Erdtanks.

TEIL K SCHUTZ VOR ABSTÜRZEN, KOLLISIONEN UND ANPRALL

Treppen, Leitern und Rampen

K1. Treppen, Leitern und Rampen müssen so geplant, gebaut und installiert werden, dass sich Personen sicher zwischen den verschiedenen Ebenen in einem Gebäude oder in dessen Nähe bewegen können.

Anforderung K1 gilt nur für Treppen, Leitern und Rampen, die Teil eines Gebäudes sind.

Schutz vor Abstürzen

K2. Folgendes ist dort wo es notwendig ist mit Barrieren auszustatten, die Personen in oder in der Nähe des Gebäudes vor Abstürzen schützen:

- a) alle Treppen, Rampen, Fußböden und Balkone sowie jedes Dach, zu dem Personen Zugang haben, und
- b) jeder Lichtschacht, jeder Kellerbereich oder ähnlicher abgesenkte Bereich in Verbindung mit einem Gebäude

Anforderung K2 Buchstabe a gilt nur für Treppen und Rampen, die Teil eines Gebäudes sind.

Fahrzeug-Barrieren und Ladebuchten

K3. (1) Fahrzeugrampen und jede Ebene, zu denen Fahrzeuge Zugang haben, sind mit Barrieren zu versehen, wo es notwendig ist, um Personen in Gebäuden oder in deren Nähe zu schützen.

(2) Fahrzeugladebuchten sind in einer solchen Weise zu konstruieren oder mit solchen Eigenschaften auszustatten, wie es notwendig ist, um Personen, die sich in ihnen aufhalten, vor einer Kollision mit Fahrzeugen zu schützen.

Schutz vor Anprall gegen Verglasungen

K4. Verglasungen, mit denen Personen wahrscheinlich in Kontakt kommen, während sie sich in oder in der Nähe des Gebäudes bewegen, müssen

- a) wenn sie bei Anprall zerbrechen, in einer Weise zerbrechen, die wahr-

- scheinlich keine Verletzungen verursacht oder
- b) einem Anprall widerstehen ohne zu brechen oder
- c) vor einem Anprall abgeschirmt oder geschützt werden.

Schutz vor Kollision mit geöffneten Fenstern etc.

K5.1. Es sind Vorkehrungen zu treffen, um die Kollision von Personen, die sich in einem Gebäude oder in dessen Nähe bewegen, mit geöffneten Fenstern, Oberlichtern oder Lüftungsöffnungen zu verhindern.

Anforderung K5.1 gilt nicht für Wohnungen.

Anzeichen von Verglasungen

K5.2. Transparente Verglasungen mit denen Personen wahrscheinlich in Kontakt kommen, während sie sich in oder in der Nähe des Gebäudes bewegen, müssen Eigenschaften haben, die sie erkennbar machen.

Anforderung K5.2 gilt nicht für Wohnungen.

Sicheres Öffnen und Schließen von Fenstern etc.

K5.3. Fenster, Oberlichter und Lüftungsöffnungen, die von Personen in oder in der Nähe des Gebäudes geöffnet werden können, sind so zu bauen oder auszustatten, dass sie sicher geöffnet, geschlossen oder eingestellt werden können.

Anforderung K5.3 gilt nicht für Wohnungen.

Sicherer Zugang zur Fensterreinigung usw.

K5.4. Es sind Vorkehrungen dafür zu treffen, dass alle Fenster, Oberlichter oder transparente oder transluzente Wände, Decken oder Dächer sicher zu Reinigungszwecken zugänglich sind.

Anforderung K5 Absatz 4 gilt nicht für

- a) Wohnungen oder
- b) Türen oder Tore, die Teil eines Aufzugs sind.

Schutz vor Anprall und Klemmwirkungen von Türen

K6. (1) Es sind Vorkehrungen dafür zu treffen, dass Türen oder Tore,

- a) die nach oben öffnen, auf eine Person fallen und
- b) die kraftbetrieben sind, eine Person einklemmen.

(2) Es sind Vorkehrungen dafür zu treffen, dass kraftbetriebene Türen und Tore im Falle eines Stromausfalls zu öffnen sind.

(3) Es sind Vorkehrungen dafür zu treffen, dass eine klare Sicht auf den Raum auf beiden Seiten einer Schwingtür oder eines Schwingtors sichergestellt ist.

Anforderung K5 Absatz 4 gilt nicht für

- a) Wohnungen oder
- b) Türen oder Tore, die Teil eines Aufzugs sind.

TEIL L EINSPARUNG VON BRENNSTOFF UND ENERGIE**Einsparung von Brennstoff und Energie**

L1. Es sind angemessene Vorkehrungen zur Einsparung von Brennstoff und Energie in Gebäuden zu treffen durch:

- a) die Begrenzung der Wärmegewinne und -verluste
 - i. durch thermische Bauteile und andere Teile der Gebäudehülle und
 - ii. durch Rohrleitungen, Kanäle und Behälter zur Raumbeheizung, Raumkühlung und Warmwasserversorgung,
- b) die Bereitstellung von ortsfesten gebäudetechnischen Anlagen, die
 - i. energieeffizient sind,
 - ii. effektive Steuerungen haben und
 - iii. soweit notwendig durch Prüfung und Einstellung in Betrieb genommen werden, um sicherzustellen, dass sie nicht mehr Brennstoff und Energie verbrauchen, als unter den Umständen angemessen ist.

Teil M ZUGANG ZU UND NUTZUNG VON GEBÄUDEN**Zugang zu und Nutzung von Gebäuden außer Wohnungen**

M1. Es sind angemessene Vorkehrungen dafür zu treffen, dass Personen

- a) Zugang zu einem Gebäude und seinen Einrichtungen erhalten und
- b) das Gebäude und seine Einrichtungen nutzen können.

Die Anforderung M1 gilt nicht für Teile eines Gebäudes, die ausschließlich dazu genutzt werden, um zu ermöglichen, dass das Gebäude oder eine Versorgungseinrichtung oder Vorrichtung im Gebäude inspiziert, repariert oder gewartet wird.

Zugang zu Erweiterungen von Gebäuden außer Wohnungen

M2. Es ist ein geeigneter unabhängiger Zugang zu der Erweiterung vorzusehen, wenn es vernünftigerweise möglich ist.

Anforderung M2 gilt nicht, wenn ein geeigneter Zugang zu der Erweiterung durch das erweiterte Gebäude selbst vorgesehen ist.

Sanitäreinrichtungen in Erweiterungen von Gebäuden außer Wohnungen

M3. Wenn Sanitäreinrichtungen in einem Gebäude vorgesehen sind, das erweitert werden soll, sind auch innerhalb der Erweiterung angemessene Vorkehrungen für Sanitäreinrichtungen zu treffen.

Anforderung M3 gilt nicht, wenn es anderswo in dem Gebäude angemessene Vorkehrungen für Sanitäreinrichtungen gibt, sodass Bewohner oder Personen, die auf andere Weise Gelegenheit haben die Erweiterung zu betreten, Zugang zu den sanitären Einrichtungen erhalten und diese nutzen können.

Zugang zu und Nutzung von Wohnungen**Kategorie 1 – besuchbare Wohnung**

M4(1). Es sind angemessene Vorkehrungen dafür zu treffen, dass Personen

- a) Zugang zur Wohnung und ihren Einrichtungen erhalten und
- b) die Wohnung und ihre Einrichtungen nutzen können.

Anforderung M4(1) gilt nicht für:

- a) eine Erweiterung einer Wohnung oder
- b) Teile eines Gebäudes, die ausschließlich dazu genutzt werden, um zu ermöglichen, dass das Gebäude oder eine Versorgungseinrichtung oder Vorrichtung im Gebäude inspiziert, repariert oder gewartet wird.

Kategorie 2 – zugängliche und anpassungsfähige Wohnungen**M4(2) optionale Anforderung**

(1) Es sind angemessene Vorkehrungen dafür zu treffen, dass Personen

- a) Zugang zur Wohnung und ihren Einrichtungen erhalten und
- b) die Wohnung und ihre Einrichtungen nutzen können.

(2) Die Vorkehrungen müssen ausreichen um

- c) die Bedürfnisse von Nutzern mit verschiedenen Bedürfnissen zu erfüllen, einschließlich einiger älterer Menschen oder Menschen mit Behinderungen und
- d) die Anpassung der Wohnung an die sich im Laufe der Zeit verändernden Bedürfnisse der Nutzer zu erlauben.

Optionale Anforderung M4(2)

- a) gilt nur in Bezug auf eine Wohnung, die neu errichtet wird;
- b) gilt als Ersatz für Anforderung M4(1);
- c) gilt nicht, wenn die optionale Anforderung M4(3) gilt;
- d) gilt nicht für Teile eines Gebäudes, die ausschließlich dazu genutzt werden, um zu ermöglichen, dass das Gebäude oder eine Versorgungseinrichtung oder Vorrichtung im Gebäude inspiziert, repariert oder gewartet wird.

Kategorie 3 – Wohnungen für Rollstuhlnutzer**M4(3) optionale Anforderung**

(1) Es sind angemessene Vorkehrungen dafür zu treffen, dass Personen

- a) Zugang zur Wohnung und ihren Einrichtungen erhalten und
- b) die Wohnung und ihre Einrichtungen nutzen können.

(2) Die Vorkehrungen müssen ausreichen um

- c) die Wohnung einfach anzupassen, um die Bedürfnisse von Nutzern von Rollstühlen zu erfüllen, oder
- d) die Bedürfnisse der Nutzer zu erfüllen, die Rollstühle nutzen.

Optionale Anforderung M4(3)

- a) gilt nur in Bezug auf eine Wohnung, die neu errichtet wird;
- b) gilt als Ersatz für Anforderung M4(1);
- c) gilt nicht, wenn die optionale Anforderung M4(2) gilt;
- d) gilt nicht für Teile eines Gebäudes, die ausschließlich dazu genutzt werden, um zu ermöglichen, dass das Gebäude oder eine Versorgungseinrichtung oder Vorrichtung im Gebäude inspiziert, repariert oder gewartet wird.

Die optionale Anforderung M4(3) Absatz 2 Buchstabe b gilt nur, wenn die Planungsgenehmigung, nach der die Bauarbeiten

ausgeführt werden, angibt, dass sie zu erfüllen ist.

TEIL P ELEKTRISCHE SICHERHEIT

Planung und Installation

P1. Bei der Planung und Installation von Elektroinstallationen sind angemessene Vorkehrungen zu treffen, damit Personen, welche die Installationen bedienen, warten oder ändern, vor Feuer oder Verletzungen geschützt werden.

Die Anforderungen dieses Teils gelten nur für Elektroinstallationen, die dazu bestimmt sind mit Niederspannung oder Kleinspannung betrieben zu werden und die

- a) in oder an einem Gebäude befestigt sind,
- b) sich in den gemeinsamen Teilen eines Gebäudes befinden, die einer oder mehreren Wohnungen dienen, jedoch ausschließlich der Energieversorgung von Aufzügen,
- c) sich in einem Gebäude befinden, das seine Elektrizität von einer Quelle innerhalb einer Wohnung oder von einer gemeinsamen Quelle mit einer Wohnung bezieht oder
- d) sich in einem Garten oder in oder auf dem Land mit einem Gebäude befinden, wo die Elektrizität von einer Quelle innerhalb einer Wohnung oder von einer gemeinsamen Quelle mit einer Wohnung stammt.

TEIL Q SICHERHEIT

Unberechtigter Zugang

Q1

Es sind angemessene Vorkehrungen dafür zu treffen, dass einem unberechtigten Zugang zu

- a) einer Wohnung und
- b) einem Teil eines Gebäudes, der Zugang zu einer Wohnung innerhalb des Gebäudes gewährt,

widerstanden wird.

Anforderung Q1 gilt nur in Bezug auf neue Wohnungen.

TEIL R PHYSISCHE INFRASTRUKTUR FÜR HOCHGESCHWINDIGKEITS- NETZE FÜR DIE ELEKTRONISCHE KOMMUNIKATION

Gebäudeinterne physische Infrastruktur

R1

(1) Bauarbeiten müssen so ausgeführt werden, dass sichergestellt ist, dass das Gebäude mit einer hochgeschwindigkeitsfähigen gebäudeinternen physischen Infrastruktur ausgestattet ist, bis zu einem Netzabschlusspunkt für Hochgeschwindigkeitsnetze für die elektronische Kommunikation.

(2) Falls die Arbeiten ein Gebäude betreffen, das mehr als eine Wohnung enthält, müssen die Arbeiten so ausgeführt werden, dass si-

Anforderung R1 gilt für Bauarbeiten, die

- a) in der Errichtung eines Gebäudes oder
- b) in umfangreichen Renovierungsarbeiten an einem Gebäude

bestehen.

chergestellt ist, dass das Gebäude zusätzlich mit einem gemeinsamen Zugangspunkt zu Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation ausgestattet ist.

Anmerkungen:

Anlage 1 Teil K wurde geändert durch § 27 Buchstabe a der S.I. 2011/3119.

Anlage 1 Teil N wurde aufgehoben durch § 27 Buchstabe b der S.I. 2011/3119.

Anlage 1 Teil H3 Absatz 2 Spalte 2 wurde geändert durch § 2 Absatz 11 Buchstabe a der S.I. 2015/767.

Anlage 1 Teil M wurde geändert durch § 2 Absatz 11 Buchstabe b der S.I. 2015/767.

Anlage 1 Teil Q wurde angefügt durch § 2 Absatz 11 Buchstabe c der S.I. 2015/767.

Anlage 1 Teil R wurde angefügt durch § 2 Absatz 6 der S.I. 2016/490.

ANLAGE 2

Ausgenommene Gebäude und Arbeiten

KLASSE 1

Gebäude unter Kontrolle anderer Rechtsvorschriften

1. Jedes Gebäude, in dem Sprengstoff auf Grundlage einer nach der Manufacture and Storage of Explosives Regulations 2005⁵⁰ erteilten Lizenz hergestellt oder gelagert wird.
2. Jedes Gebäude (außer einem Gebäude, das eine Wohnung enthält oder einem Gebäude, das zur Unterbringung eines Büros oder einer Kantine genutzt wird), das auf einem Grundstück errichtet wird, für das eine Lizenz nach dem Nuclear Installations Act 1965⁵¹ zurzeit in Kraft ist.
3. Ein Gebäude, das in der Anlage der zu erhaltenen Denkmäler nach § 1 des Ancient Monument and Archaeological Areas Act 1979⁵² enthalten ist.

KLASSE 2

Gebäude, die nicht von Personen aufgesucht werden

1. Vorbehaltlich Absatz 2 ein freistehendes Gebäude,
 - a) das Personen normalerweise nicht betreten oder
 - b) das Personen nur intermittierend betreten und dann nur zwecks Inspektion oder Wartung ortsfester Anlagen oder Maschinerie.
2. Die Beschreibung von Gebäuden in Absatz 1 schließt kein Gebäude ein, bei dem ein Punkt des Gebäudes weniger als seine eineinhalbfache Höhe entfernt ist von
 - a) einem Punkt eines Gebäudes, das Personen betreten können oder normalerweise betreten oder
 - b) dem nächstgelegenen Punkt von der Grenze der Grundstücks des Gebäudes,je nachdem was näher liegt.

KLASSE 3

⁵⁰ S.I. 2005/1082.

⁵¹ 1965 c.57.

⁵² 1979 c.46; § 1 wurde geändert durch Anlage 4 des National Heritage Act 1983 (c.47).

Gewächshäuser und landwirtschaftliche Gebäude

1. Vorbehaltlich Absatz 3 ein Gewächshaus.
2. Ein landwirtschaftlich genutztes Gebäude vorbehaltlich Absatz 3 oder ein Gebäude, das hauptsächlich für die Haltung von Tieren genutzt wird, in beiden Fällen unter der Voraussetzung, dass
 - a) kein Teil des Gebäudes als Wohnung genutzt wird,
 - b) kein Punkt des Gebäudes weniger als seine eineinhalbfache Höhe von einem Punkt eines Gebäudes entfernt ist, das Schlafunterkünfte enthält und
 - c) das Gebäude mit einem Notausgang versehen ist, der nicht mehr als 30 Meter von jedem Punkt im Gebäude entfernt ist.
3. Die Beschreibungen von Gebäuden in den Absätzen 1 und 2 schließen kein Gewächshaus oder landwirtschaftlich genutztes Gebäude ein, wenn dessen Hauptzweck im Verkaufen, Verpacken oder Ausstellen besteht.
4. In Absatz 2 schließt „landwirtschaftlich“ Gärtnerei, Obstanbau, Pflanzenzucht zur Saat und Fischzucht ein.

KLASSE 4**Temporäre Gebäude**

Ein Gebäude, das nicht dazu bestimmt ist mehr als 28 Tage dort zu verbleiben, wo es errichtet wird.

KLASSE 5**Nebengebäude**

1. Ein Gebäude auf einem Grundstück, das nur dazu bestimmt ist in Zusammenhang mit der Veräußerung von Gebäuden oder Baugrundstücken auf diesem Grundstück genutzt zu werden.
2. Ein Gebäude auf der Baustelle oder Ingenieurbauwerke, das bzw. die nur im Verlauf dieser Arbeiten genutzt werden soll bzw. sollen und keine Schlafunterkünfte enthält bzw. enthalten.
3. Ein Gebäude außer einem Gebäude, das eine Wohnung enthält oder das als Büro oder Ausstellungsraum genutzt wird, das auf einem Grundstück in Verbindung mit einer Mine oder einem Steinbruch errichtet wird.

KLASSE 6

Kleine freistehende Gebäude

1. Ein freistehendes eingeschossiges Gebäude mit einer Grundfläche, die 30 m² nicht überschreitet, das keine Schlafunterkünfte enthält und ein Gebäude ist

- a) von dem kein Punkt weniger als 1 Meter von den Grenzen seines Grundstücks entfernt ist oder
- b) das im Wesentlichen aus nichtbrennbaren Materialien gebaut ist.

2. Ein freistehendes Gebäude, das geplant und dazu bestimmt ist, Personen vor den Auswirkungen von nuklearen, chemischen oder konventionellen Waffen zu schützen und zu keinem anderen Zweck genutzt wird, wenn

- a) seine Grundfläche nicht mehr als 30 m² beträgt und
- b) die Baugrube für das Gebäude einem exponierten Teil eines anderen Gebäudes oder Bauwerks nicht näher ist, als in einem Abstand gleich der Tiefe der Baugrube zuzüglich einem Meter.

3. Ein freistehendes Gebäude mit einer Grundfläche, die 15 m² nicht überschreitet und das keine Schlafunterkünfte enthält.

KLASSE 7**Erweiterungen**

Die Erweiterung eines Gebäudes durch das Hinzufügen auf Erdgeschossebene von

- a) einem Wintergarten, einer Veranda, einem überdachten Hof oder einem überdachten Weg oder
- b) einem Carport, das an wenigstens zwei Seiten offen ist;

wenn die Grundfläche von dieser Erweiterung 30 m² nicht überschreitet, vorausgesetzt, dass im Fall eines Wintergartens oder einer Veranda, der bzw. die vollständig oder teilweise verglast ist, die Verglasung den Anforderungen von Teil K4, K5.1, K5.2, K5.3 und K5.4 der Anlage 1 genügt.

Anmerkung:

Anlage 2 Klasse 7 wurde geändert durch § 28 der S.I. 2011/3119.

§ 12 Absatz 6 Buchstabe a und § 20 Absatz 1

ANLAGE 3**Selbstzertifizierungssysteme und Ausnahmen von Anforderungen an das Einreichen von Bauanzeigen oder vollständigen Bauvorlagen**

<i>Spalte 1 Art der Arbeit</i>	<i>Spalte 2 Person, welche die Arbeiten ausführt</i>
1. Einbau eines wärmeerzeugenden Gasgerätes. Dies gilt nicht für die Bereitstellung eines gemauerten Schornsteins.	Eine Person oder ein Angestellter einer Person, die Mitglied einer Klasse von Personen ist, die nach § 3 der Gas Safety (Installation and Use) Regulations 1998 ⁵³ zugelassen ist.
2. Einbau a) einer ölbefeuerten Feuerungsanlage oder b) von Öllagertanks und Rohren, die sie mit einer Feuerungsanlage verbinden. Dies gilt nicht für die Bereitstellung eines gemauerten Schornsteins.	Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Association of Plumbing and Heating Contractors (Certification) Limited ⁵⁴ , Blue Flame Certification Limited ⁵⁵ , Building Engineering Services Competence Assessment Limited ⁵⁶ , Certsure LLP ⁵⁷ , NAPIT Registration Limited ⁵⁸ , Oil Firing Technical Association Limited ⁵⁹ oder von Stroma Certification Limited ⁶⁰ .
3. Einbau einer Feuerungsanlage für feste Brennstoffe außer einer Biomasseanlage. Dies gilt nicht für die Bereitstellung eines gemauerten Schornsteins.	Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Association of Plumbing and Heating Contractors (Certification) Limited, Building Engineering Services Competence Assessment Limited, Certsure LLP, HETAS Limited oder von NAPIT Registration Limited, Oil Firing Technical Association Limited oder Stroma Certification Limited.

⁵³ S.I. 1998/2451.⁵⁴ Ein nach den Companies Acts gebildetes und registriertes Unternehmen (definiert in § 2 des Companies Act 2006, c.46) mit der Registriernummer 02876277.⁵⁵ Ein nach den Companies Acts gebildetes und registriertes Unternehmen mit der Registriernummer 05182566.⁵⁶ Ein nach den Companies Acts gebildetes und registriertes Unternehmen mit der Registriernummer 03712932.⁵⁷ Eine nach dem Limited Liability Partnerships Act 2000 (c.12) gebildete und registrierte Partnerschaft mit beschränkter Haftung mit der Registriernummer OC379918.⁵⁸ Ein nach den Companies Acts gebildetes und registriertes Unternehmen mit der Registriernummer 05190452.⁵⁹ Ein nach den Companies Acts gebildetes und registriertes Unternehmen mit der Registriernummer 02739706.⁶⁰ Ein nach den Companies Acts gebildetes und registriertes Unternehmen mit der Registriernummer 06429016.

<p>4. Einbau einer Heizung oder Warmwasseranlage oder ihrer zugehörigen Steuerung.</p>	<p>Eine Person oder ein Angestellter einer Person, die Mitglied einer Klasse von Personen ist, die nach § 3 der Gas Safety (Installation and Use) Regulations 1998 zugelassen ist oder eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Association of Plumbing and Heating Contractors (Certification) Limited, Benchmark Certification Limited, Blue Flame Certification Limited, Building Engineering Services Competence Assessment Limited, Certsure LLP, HETAS Limited, NAPIT Registration Limited, Oil Firing Technical Association Limited oder von Stroma Certification Limited.</p>
<p>5. Einbau einer maschinellen Lüftung oder Klimaanlage oder zugehörigen Steuerung in einem Gebäude, außer einem Wohngebäude, der keine Arbeiten an einer Anlage umfasst, die mit getrennt genutzten Teilen des Gebäudes geteilt wird.</p>	<p>Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Blue Flame Certification Limited, Building Engineering Services Competence Assessment Limited, Certsure LLP, NAPIT Registration Limited oder von Stroma Certification Limited.</p>
<p>6. Einbau einer Klimaanlage oder Lüftungsanlage in einer Wohnung, die keine Arbeiten an Anlagen umfasst, die mit anderen Wohnungen geteilt werden.</p>	<p>Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Blue Flame Certification Limited, Building Engineering Services Competence Assessment Limited, Certsure LLP, NAPIT Registration Limited oder von Stroma Certification Limited.</p>
<p>7. Einbau einer energieeffizienten Beleuchtungsanlage oder elektrischen Heizanlage oder zugehörigen elektrischen Steuerung in Gebäuden außer Wohngebäuden.</p>	<p>Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Blue Flame Certification Limited, Building Engineering Services Competence Assessment Limited, Certsure LLP, NAPIT Registration Limited oder von Stroma Certification Limited.</p>
<p>8. Einbau ortsfester elektrischer Niederspannungsinstallationen oder Kleinspannungsinstallationen in Wohnungen.</p>	<p>Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Benchmark Certification Limited, Blue Flame Certification Limited, Building Engineering Services Competence Assessment Limited, Certsure LLP, NAPIT Registration Limited, Oil Firing Technical Association Limited oder von Stroma Certification Limited.</p>
<p>9. Einbau ortsfester elektrischer Niederspannungsinstallationen oder Kleinspannungsinstallationen in Wohnungen als notwendige Ergänzung zu Arbeiten oder entstehend aus anderen Arbeiten, die von der registrierten Person ausgeführt werden.</p>	<p>Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Association of Plumbing and Heating Contractors (Certification) Limited, Benchmark Certification Limited, Blue Flame Certification Limited, Building Engineering Services Competence Assessment Limited, Certsure LLP, NAPIT Registration Limited oder von Stroma Certification Limited.</p>

10. Einbau bzw. Austausch eines Fensters, einer Lichtkuppel, eines Dachflächenfensters oder einer Tür in einem bestehenden Wohngebäude.	Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von BM Trada Certification Limited ⁶¹ , Blue Flame Certification Limited, CERTASS Limited ⁶² , Certsure LLP, von Fensa Limited ⁶³ nach dem Fenster Selbst-Bewertungssystem, von NAPIT Registration Limited, Network VEKA Limited ⁶⁴ oder von Stroma Certification Limited.
11. Einbau bzw. Austausch eines Fensters, einer Lichtkuppel, eines Dachflächenfensters oder einer Tür in einer bestehenden Gebäude außer einem Wohngebäude. Diese Vorschrift gilt nicht für Glas, das tragend oder aussteifend ist oder das einen Teil einer verglasten Vorhangfassade oder einer Karusselltür bildet.	Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von BM Trada Certification Limited, Blue Flame Certification Limited, CERTASS Limited, Certsure LLP, von Fensa Limited nach dem Fenster Selbst-Bewertungssystem, von NAPIT Registration Limited, Network VEKA Limited oder von Stroma Certification Limited.
12. Einbau einer Sanitäreinrichtung, eines Spülbeckens, eines Waschbeckens, eines Bidet, einer fest eingebauten Badewanne, einer Dusche oder eines Badezimmers in eine Wohnung, der keine Arbeiten an einer gemeinsamen oder unterirdischen Entwässerung umfasst.	Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Association of Plumbing and Heating Contractors (Certification) Limited, Benchmark Certification Limited, Building Engineering Services Competence Assessment Limited, Certsure LLP, HETAS Limited, NAPIT Registration Limited oder von Stroma Certification Limited.
13. Einbau einer Versorgung mit genusstauglichem Kaltwasser oder einer Versorgung mit enthärtetem genusstauglichem Kaltwasser.	Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Association of Plumbing and Heating Contractors (Certification) Limited, Benchmark Certification Limited, Building Engineering Services Competence Assessment Limited, Certsure LLP, HETAS Limited, NAPIT Registration Limited oder von Stroma Certification Limited.
14. Einbau einer Versorgung mit nicht-genusstauglichem Wasser für eine Sanitäreinrichtung, die mit einer Spülung ausgestattet ist, die keine Arbeiten an einer gemeinsamen oder unterirdischen Entwässerung umfasst.	Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Association of Plumbing and Heating Contractors (Certification) Limited, Benchmark Certification Limited, Building Engineering Services Competence Assessment Limited, Certsure LLP, HETAS Limited, NAPIT Registration Limited oder von Stroma Certification Limited.

⁶¹ Ein nach den Companies Acts gebildetes und registriertes Unternehmen mit der Registriernummer 02110046.

⁶² Ein nach den Companies Acts gebildetes und registriertes Unternehmen mit der Registriernummer 04350234.

⁶³ Ein nach den Companies Acts gebildetes und registriertes Unternehmen mit der Registriernummer 03058561.

⁶⁴ Ein nach den Companies Acts gebildetes und registriertes Unternehmen mit der Registriernummer 04029350.

<p>15. Einbau einer Anlage zur Erzeugung von Elektrizität, Wärme oder Kühlung in einem Gebäude</p> <p>a) durch Mikroerzeugung oder</p> <p>b) aus erneuerbaren Quellen (wie in der Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen⁶⁵ definiert).</p>	<p>Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Association of Plumbing and Heating Contractors (Certification) Limited, Benchmark Certification Limited, Building Engineering Services Competence Assessment Limited, Certsure LLP, HETAS Limited, NAPIT Registration Limited, Oil Firing Technical Association Limited oder von Stroma Certification Limited.</p>
<p>16. Einbau bzw. Austausch der Bedachung eines Steil- oder Flachdachs und Arbeiten, die von der registrierten Person als notwendige Ergänzung dieses Einbaus ausgeführt werden. Diese Vorschrift gilt nicht für den Einbau von Sonnenkollektoren.</p>	<p>Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von der NAPIT Registration Limited oder von der National Federation of Roofing Contractors Limited⁶⁶.</p>
<p>17. Einbringen von Dämmstoff in die Hohlraumwände eines bestehenden Gebäudes.</p>	<p>Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Blue Flame Certification Limited, CERTASS Limited, Cavity Insulation Guarantee Agency⁶⁷ nach dem Cavity Wall Insulation Self Certification Scheme, von Certsure LLP, NAPIT Registration Limited oder von Stroma Certification Limited.</p>
<p>18. Einbau von Dämmstoff in die Innenwände eines Gebäudes, ausschließlich der Dämmung flexibler thermischer Bekleidungen.</p>	<p>Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Blue Flame Certification Limited, British Board of Agrément⁶⁸, CERTASS Limited, Certsure LLP, NAPIT Registration Limited oder von Stroma Certification Limited.</p>
<p>19. Einbau von Dämmstoffen in die Außenwände eines Gebäudes, ausschließlich der Dämmung von demontierbar bekleideten Gebäuden.</p>	<p>Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Blue Flame Certification Limited, British Board of Agrément, CERTASS Limited, Certsure LLP, NAPIT Registration Limited oder von Stroma Certification Limited.</p>
<p>20. Einbau von Dämmstoff in die Außen- und Innenwände eines Gebäudes („Hybriddämmung“), ausschließlich der Dämmung von demontierbar bekleideten Gebäuden und ausschließlich der Dämmung flexibler thermischer Bekleidungen.</p>	<p>Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von Blue Flame Certification Limited, British Board of Agrément, Certsure LLP, NAPIT Registration Limited oder von Stroma Certification Limited.</p>

Anmerkungen:

Anlage 3 wurde geändert durch § 2 Absatz 9 der S.I. 2014/579.

⁶⁵ ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 16, Artikel 2.

⁶⁶ Ein nach den Companies Acts gebildetes und registriertes Unternehmen mit der Registriernummer 02591364.

⁶⁷ Ein nach den Companies Acts gebildetes und registriertes Unternehmen mit der Registriernummer 03044131.

⁶⁸ Ein nach den Companies Acts gebildetes und registriertes Unternehmen mit der Registriernummer 00878293.

Anlage 3 Zeile 2 Spalte 2 wurde geändert durch § 2 Absatz 2 der S.I. 2014/2362.
Anlage 3 wurde geändert durch § 2 Absatz 12 der S.I. 2015/767.

§ 12 Absatz 6 Buchstabe c und § 20A Absatz 1

ANLAGE 3A**Zertifizierungssysteme Dritter und Ausnahmen von Anforderungen an das Einreichen von Bauanzeigen oder vollständigen Bauvorlagen**

<i>Spalte 1 Art der Arbeit</i>	<i>Spalte 2 Person, welche die Arbeiten ausführt</i>
Elektrische Installationen in Wohnungen.	Eine Person, die im Hinblick auf diese Art von Arbeit registriert ist von NAPIT Registration Limited oder von Stroma Certification Limited.

Anmerkungen:

Anlage 3A wurde eingefügt durch § 2 Absatz 10 der S.I. 2014/579.

Anlage 3A Zeile 1 Spalte 2 wurde geändert durch § 2 Absatz 3 der S.I. 2014/2362.

§ 12 Absatz 6 Buchstabe b

ANLAGE 4**Beschreibung von Arbeiten, für die keine Bauanzeige oder kein Einreichen von vollständigen Bauvorlagen erforderlich ist****1. Arbeiten bestehend in**

- a) (aufgehoben)
- b) (aufgehoben)
- c) (aufgehoben)
- d) (aufgehoben)
- e) (aufgehoben)
- f) in Bezug auf eine vorhandene ortsfeste gebäudetechnische Anlage, die keine fest eingebaute innere oder äußere Beleuchtungsanlage ist,
 - (i) der Austausch eines Teils, das keine Feuerungsanlage ist,
 - (ii) dem Hinzufügen eines Ausgabegerätes oder
 - (iii) dem Hinzufügen eines Steuergerätes,wenn eine Prüfung und Anpassung der Arbeiten nicht möglich ist oder sich nicht auf den Verbrauch von mehr Brennstoff und Energie durch die ortsfeste gebäudetechnische Anlage auswirken würde, als unter den Umständen verhältnismäßig ist;
- g) der Ausstattung mit einer eigenständigen ortsfesten gebäudetechnischen Anlage, die keine fest eingebaute innere oder äußere Beleuchtungsanlage ist und wenn
 - (i) es keine Feuerungsanlage ist (außer einem Gasherd ohne Abzug),
 - (ii) alle elektrischen Arbeiten in Zusammenhang mit dieser Ausstattung von der Anforderung des Einreichens einer Bauanzeige oder des Einreichens vollständiger Pläne durch § 9 oder § 12 Absatz 6A ausgenommen sind,
 - (iii) das Prüfen und Einstellen nicht möglich ist oder sich nicht auf ihre Energieeffizienz auswirken würde und
 - (iv) im Fall einer maschinellen Lüftungsanlage die Anlage nicht in einem Raum installiert wird, der eine offene Feuerungsanlage enthält, deren Verbrennungsrückstände durch natürlichen Rauchzug abgeführt werden;
- h) dem Austausch einer Außentür (wenn nicht mehr als 50 % der Fläche der Innenseite der Tür einschließlich ihrer Zarge verglast sind);

- i) der Bereitstellung einer fest eingebauten Innenbeleuchtung in bestehenden Gebäuden außer Wohnungen, wenn die Beleuchtung nicht mehr als 100 m² der Grundfläche des Gebäudes dient;
- j) dem Austausch
 - (i) einer sanitären Einrichtung durch eine, die nicht mehr Wasser verbraucht als die, die ausgetauscht wird,
 - (ii) eines Waschbeckens, eines Spülbeckens oder eines Bidet,
 - (iii) einer fest eingebauten Badewanne,
 - (iv) einer Dusche,
 - (v) einer Regenrinne oder
 - (vi) eines Regenfallrohrs,wenn die Arbeiten keine Arbeiten an einer unterirdischen Entwässerung umfassen und keine Arbeiten an der Warm- oder Kaltwasseranlage oder der oberirdischen Entwässerung umfassen, die bei Fertigstellung der Arbeiten die Gesundheit und Sicherheit von Personen beeinträchtigen könnten;
- k) in Bezug auf eine bestehende Kaltwasserversorgung:
 - (i) dem Austausch eines Teils,
 - (ii) dem Hinzufügen eines Ausgabegerätes oder
 - (iii) dem Hinzufügen einer Steuergerät;
- l) der Bereitstellung einer Warmwasserspeicheranlage, die einen Vorratsbehälter mit einer Kapazität von nicht mehr als 15 Litern hat, wenn alle elektrischen Arbeiten in Zusammenhang mit ihrer Bereitstellung von der Anforderung des Einreichens einer Bauanzeige oder des Einreichens vollständiger Pläne durch § 9 oder § 12 Absatz 6 Buchstabe b ausgenommen sind;
- m) dem Einbau von Wärmedämmung in einem Dachraum oder Dachboden, wenn
 - (i) die Arbeiten ausschließlich in dem Einbau dieser Dämmung bestehen und
 - (ii) die Arbeiten nicht ausgeführt werden, um die Anforderungen dieser Verordnung zu erfüllen.

Anmerkungen:

Anlage 4 § 1 Buchstabe f wurde geändert durch § 3 Absatz 6 der S.I. 2011/1515.

Anlage 4 § 1 Buchstabe a bis e wurde aufgehoben durch § 32 Buchstabe a Nummer i der S.I. 2012/3119.

2. (aufgehoben)

Anmerkung:

Anlage 4 § 2 wurde aufgehoben durch § 32 Buchstabe a Nummer ii der S.I. 2012/3119.

3. (aufgehoben)**Anmerkung:**

Anlage 4 § 3 wurde aufgehoben durch § 32 Buchstabe a Nummer iii der S.I. 2012/3119.

3A. Der Einbau von Wärmedämmung in abgehängte Holzdecken, wenn die Arbeiten

- a) nur in dem Einbau einer solchen Dämmung bestehen und
- b) die Arbeiten nicht ausgeführt werden, um Anforderungen dieser Verordnung zu erfüllen.

4. Im Sinne dieser Anlage

bedeutet „eigenständig“ in Bezug auf ortsfeste gebäudetechnische Anlagen eine einzelne Anlage und alle damit zusammenhängenden Steuergeräte, die weder mit einer anderen ortsfesten gebäudetechnischen Anlage verbunden ist, noch einen Teil davon bildet.

Anmerkungen:

Anlage 4 § 43A wurde eingefügt durch § 32 Buchstabe b der S.I. 2012/3119.

Anlage 4 § 4 wurde geändert durch § 32 Buchstabe a Nummer iv der S.I. 2012/3119.

ANLAGE 5**Widerruf von Rechtsverordnungen**

<i>Widerrufene Verordnungen</i>	<i>Referenzen</i>	<i>Umfang des Widerrufs</i>
The Building Regulations 2000	S.I. 2000/2531	Die gesamte Verordnung.
The Building (Amendment) Regulations 2001	S.I. 2001/3335	§ 2, § 4 soweit er sich auf § 2 und den Anlage bezieht.
The Building (Amendment) Regulations 2002	S.I. 2002/440	§§ 2 und 3 sowie der Anlage.
The Building (Amendment) (No. 2) Regulations 2002	S.I. 2002/2871	Die gesamte Verordnung.
The Building (Amendment) Regulations 2003	S.I. 2003/2692	Die gesamte Verordnung.
The Building and Building (Approved Inspectors etc.) (Amendment) Regulations 2003	S.I. 2003/3133	Die gesamte Verordnung.
The Building (Amendment) Regulations 2004	S.I. 2004/1465	Die gesamte Verordnung.
The Building (Amendment) (No. 3) Regulations 2004	S.I. 2004/3210	Die gesamte Verordnung.
The Building and Approved Inspectors (Amendment) Regulations 2006	S.I. 2006/652	Die gesamte Verordnung.
The Building and Approved Inspectors (Amendment) (No. 2) Regulations 2006	S.I. 2006/3318	Die gesamte Verordnung.
The Energy Performance of Buildings (Certificates and Inspections) (England and Wales) Regulations 2007	S.I. 2007/991	§§ 2 und 8.
The Building and Approved Inspectors (Amendment) Regulations 2007	S.I. 2007/3384	Die gesamte Verordnung.
The Building (Amendment) Regulations 2008	S.I. 2008/671	Die gesamte Verordnung.
The Energy Performance of Buildings (Certificates and Inspections) (England and Wales) (Amendment No. 2) Regulations 2008	S.I. 2008/2363	§ 3.
The Building (Amendment) Regulations 2009	S.I. 2009/466	Die gesamte Verordnung.
The Building and Approved Inspectors (Amendment) Regulations 2009	S.I. 2009/1219	Die gesamte Verordnung.
The Building (Amendment) (No. 2) Regulations 2009	S.I. 2009/2397	Die gesamte Verordnung.
The Building and Approved Inspectors (Amendment No. 2) Regulations 2009	S.I. 2009/2465	Die gesamte Verordnung.
The Building and Approved Inspectors (Amendment) Regulations 2010	S.I. 2010/719	Die gesamte Verordnung.

ANLAGE 6

Folgeänderungen

1. In der [Rechtsverordnung] Building (Local Authority Charges) Regulations 2010⁶⁹:

- a) ist in § 2 in der Definition von „die Haupt-Verordnung“ „2000“ durch „2010“ zu ersetzen,
- b) ist in § 5 Absatz 1 Buchstabe e „21“ durch „18“ zu ersetzen,
- c) ist in § 7 Absatz 5
 - (i) unter Buchstabe g „12 Absatz 5 oder § 20B Absatz 4“ durch „12 Absatz 6 oder § 43 Absatz 4“ zu ersetzen,
 - (ii) unter Buchstabe h „20A Absatz 4“ durch „41 Absatz 4“ zu ersetzen,
- d) ist in § 8 Absatz 1 Buchstabe e „21“ durch „18“ zu ersetzen.

2. In der [Rechtsverordnung] Energy Performance of Buildings (Certificates and Inspections) (England and Wales) Regulations 2007⁷⁰:

- a) ist in § 2 Absatz 1
 - (i) in der Definition von „Akkreditierungssystem“ „17F der Building Regulations 2000“ durch „30 der Building Regulations 2010“ zu ersetzen,
 - (ii) in der Definition von „Objektbewertung“ „17A der Building Regulations 2000“ durch „24 der Building Regulations 2010“ zu ersetzen,
 - (iii) in der Definition von „Ausweis über die Gesamtenergieeffizienz“ „17E der Building Regulations 2000“ durch „29 der Building Regulations 2010“ zu ersetzen,
 - (iv) in der Definition von „Empfehlungsbericht“ „17E Absatz 4 der Building Regulations 2000“ durch „29 Absatz 5 der Building Regulations 2010“ zu ersetzen,
- b) ist in § 9 Absatz 1 „2000“ durch „2010“ zu ersetzen,
- c) ist in § 11
 - (i) in Absatz 1 Buchstabe a „17A der Building Regulations 2000“ durch „24 der Building Regulations 2010“ zu ersetzen,
 - (ii) in Absatz 2 „17E der Building Regulations 2000“ durch „29 der Building Regulations 2010“ zu ersetzen,

⁶⁹ S.I. 2010/404.

⁷⁰ S.I. 2007/991; § 17 Absatz 1 wurde geändert und § 31 Absatz 2 wurde ersetzt durch S.I. 2008/2363.

- d) ist in § 15 ist in der Definition von „operative Bewertung“ „17A der Building Regulations 2000“ durch „24 der Building Regulations 2010“ zu ersetzen,
- e) ist in § 17 Absatz 1 „17A der Building Regulations 2000“ durch „24 der Building Regulations 2010“ zu ersetzen,
- f) ist in § 31 Absatz 2 „17A der Building Regulations 2000“ durch „24 der Building Regulations 2010“ zu ersetzen.

Copyright of The Building Regulations 2010 rests with the Crown. This source of this translation is to be found under <http://www.legislation.gov.uk>.

Translation contains public sector information licensed under the Open government Licence v3.0 (<http://www.nationalarchives.gov.uk/doc/open-government-licence/version/3/>).

This translation has no official status. It is neither state certified nor certificated by the Department for Communities and Local Government (DCLG). The DCLG does not accept any responsibility for the accuracy and comprehensiveness of this translation.

This translation was made to the best of my knowledge and belief, but without guarantee of accuracy and comprehensiveness. Legally binding is exclusively the text of the English statutory instrument.

Das Urheberrecht für die Building Regulations 2010 liegt bei der Krone. Die Quelle dieser Übersetzung ist unter <http://www.legislation.gov.uk> zu finden.

Übersetzung enthält Informationen des öffentlichen Sektors, die nach der Open Government Licence v3.0 lizenziert sind (<http://www.nationalarchives.gov.uk/doc/open-government-licence/version/3/>).

Diese Übersetzung hat keinen offiziellen Status. Sie ist weder vom Department for Communities and Local Government (DCLG) staatlich geprüft noch beglaubigt.

Diese Übersetzung erfolgte nach bestem Wissen und Gewissen, jedoch ohne Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit. Rechtlich verbindlich ist ausschließlich der Text der englischen Rechtsverordnung.